Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54. Donnerstag, den 4. März 1920. 27. Jahrg.

Der Zusammenbruch.

Zu einem der beliebtesten Werkzeuge aus der deutschnationalen Rüstkammer gehört die Mär, daß die Revolution die Schuld am Zusammenbruch Deutschlands trage, und daß ganz besonders durch eine geheime Agitation die Front unterwühlt worden sei. Da ist es denn nicht ohne Interesse, daß ein einwandfreier Zeuge in Gestalt eines höheren Offiziers erstanden ist, der in einer sehr lesenswerten Schrift in völlig objektiver Weise die inneren Gründe der Kriegskatastrophe darlegt. Diese Broschüre ist um so wertvoller, da sie keineswegs von einem Verfasser herrührt, der schnell „umgelernt" hat, sondern das alte Heer und besonders das Offizirskorps soweit als möglich in Schutz nimmt, andererseits aber schonungslos, doch vornehm in der Form, die Schäden des alten Systems bloßlegt.

Schon in der Einleitung seiner kritischen Studie „Die alte Armee und ihre Verirrungen" stellt Generalmajor v. Gleich die **Selbstüberhebung** als eines der Momente hin, denen zum großen Teile unser Zusammenbruch zuzuschreiben sei. Von Anfang an sah dieser einsichtsvolle Offizier einem Zweifrontenkrieg sehr skeptisch entgegen, da durch den früher oder später zu erwartenden Beitritt Englands die Feinde die Uebermacht haben mußten und eine schnelle Niederwerfung Fankreichs, die allein uns davor bewahren konnte, ein „höchst gewagtes Unternehmen mit zweifelhaftem Ausgang" genannt werden mußte. Vor allem hätten wir für diesen Zweck mit einem weit größeren schlagkräftigen Heere bei Kriegsbeginn dastehen müssen, und der Verfasser spricht mit Rücksicht hierauf die früher als ketzerisch verschriene Ansicht aus, daß wir vielleicht besser getan hätten, die Dienstzeit auf ein einziges Jahr oder noch weiter herabzusetzen, als später nur ganz mangelhaft ausgebildeten Nachschub ins Feld zu schicken. Ueberdies habe das oft ungeeignete Ausbildungspersonal durch völlig verkehrte Behandlung Erbitterung hervorgerufen. Die Kriegsmüdigkeit führt der Verfasser auf die wesentlich verschlechterten Bedingungen des Lebens im Kriege zurück und erwähnt dabei, daß **aus taktischen Gründen die Presse die zunehmende Verschlechterung der Armee in Abrede stellen mußte!**

Geradezu vernichtend für die Verleumdungen der Deutschnationalen ist folgender Satz des erfahrenen Generals:

„Es möchte fast scheinen, daß die, welche ihren bewundernswerten Optimismus bis zum Zusammenbruch selbst bewahrt haben und die über diesen hinaus **allein in der Revolution die Ursache des militärischen Versagens** erblicken zu sollen glauben, beständig übersahen, **daß wir längst nicht mehr mit dem Friedensheer von 1914 arbeiteten, sondern mit einer Art von Miliz,** mit allen Eigenschaften einer solchen, aber ohne ihren Namen."

Und noch einen anderen wesentlichen Grund für unsere Niederlage führt Herr v. Gleich ins Feld:

„Ueberraschend schnell ist jetzt vergessen worden, daß auch für uns, mochte unser Heer an der Westfront dastehen, wie es wollte, **die Partie nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten unrettbar verloren war."**

Das muß man den deutschnationalen Hetzern ins Gedächtnis rufen, wenn sie immer wieder die Revolution für den Zusammenbruch verantwortlich machen wollen!

Des weiteren berührt der Verfasser die **Unterschätzung der militärischen Fähigkeiten der gegnerischen Soldaten,** das **Besserwissen der höheren Stäbe,** die sich den Einwendungen erprobter Frontoffiziere verschlossen, die **Mißachtung des Technischen,** die **Unterlegenheit unserer Feldartillerie** und die frühere Zurücksetzung unserer schweren (Fuß-) Artillerie, die sich sogar nach der gesellschaftlichen Seite bemerkbar machte, um dann ausführlich auf die Verhältnisse im Offizierkorps einzugehen. Er tadelt die Abschließung der Offizierkorps, wenn er sie auch zu erklären versucht, die vielfach vorhandene **Abneigung gegen die Bildung,** die **einseitige Erziehung im Kadettenkorps,** die **Zurücksetzung erprobter Unteroffiziere** gegenüber unfähigen jungen „Kriegsleutnants", die Reaktivierung von Offizieren, deren militärischer Wert ein recht geringer war, während ihr Benehmen die Kluft zwischen Offizieren und Mannschaften vielfach erweiterte, oder deren man sich gar wegen unliebsamer Vorkommnisse hatte entledigen müssen und „denen es vielfach nur um eine Kriegsauszeichnung oder Beförderung zu tun war, wobei mitunter die persönlichen Beziehungen offensichtlich im Spiele waren".

So sah der „Patriotismus" mancher deutschen Offiziere aus!

Auch die Truppenführung schneidet in der Broschüre nicht sonderlich gut ab. Ebenso wendet sich der Verfasser gegen die Ernennung gewisser Heerführer:

„Auch hinsichtlich der Armeeführer konnten Bedenken laut werden, die hier nicht erschöpfend aufgezählt werden sollen. Sogar überzeugte, treue Anhänger der Monarchie, und vielleicht gerade diese am allermeisten, empfanden ein Gefühl der Beklemmung, als der deutsche Kronprinz, der bis dahin eigentlich nur den Frontdienst der Kavallerie näher kennen gelernt hatte, vom Husarenoberst unmittelbar zum Armeeführer ernannt wurde. Hier erschien der alte deutsche Grundsatz der Gründlichkeit zugunsten dynastischer Rücksichten durchbrochen."

Nachdem dann noch General v. Gleich nachzuweisen versucht hat, daß wir mit unseren immer schlechter werdenden Truppen angesichts der Uebermacht der Gegner erliegen mußten, weil ohne Rücksicht auf den Ausgang einzelner Schlachten oder auch einzelner Operationen **bei langer Dauer eines Krieges** die Wagschale mit Naturnotwendigkeit immer mehr **zugunsten der höheren Bevölkerungsziffer** neigen wird, schließt er seine Darlegungen mit folgenden Worten:

„Nicht gerechtfertigt war **die starke Selbstüberhebung, mit der wir in den Krieg zogen.** Der Weltkrieg war die Fortsetzung unserer nachbismarckschen Weltpolitik, die ihre Ziele nicht der wirklichen Macht entsprechend zu beschränken wußte. Sie bemühte sich, möglichst überall eine deutsche Karte ins Spiel zu bringen. Sie übersah dabei, daß die Zahl der Trümpfe eine geringe ist. Wir mußten sie zu früh ausspielen, und mit den verbleibenden schlechten Karten konnten wir höchstens das Ende des Spieles verzögern. **Der Weltkrieg aber war für uns verloren, noch ehe er begonnen hatte."**

Wir haben uns vergeblich bemüht, in rechtsstehenden Blättern eine Empfehlung dieser lesenswerten Schrift eines wirklichen Fachmannes zu finden. Freilich dann käme die Wahrheit ans Tageslicht, und diese zu scheuen, haben die Dunkelmänner allen Grund!

Deutsche Nationalversammlung.

Der Ausnahmezustand im Ruhrgebiet.

147. Sitzung.

Berlin, 3. März, 1 Uhr nachmittags.

Am Regierungstisch: Noske, Schiffer, Wels, Koch, Unterstaatssekretär Moesle.

Auf der Tagesordnung stehen **zwei Anträge der „Unabhängigen" auf Aufhebung des Belagerungszustandes** im Reichsgebiet und **besonders in den Regierungsbezirken** Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden.

Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Die Verordnung des Reichspräsidenten ist der Nationalversammlung erst vor 10 Tagen zugegangen. Sie zeigt, daß sich gerade in Preußen seit der Revolution gar nichts geändert hat. Die Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstag wurden als Vorwand angegeben. Das ist eine offenbare Unwahrheit, denn die erste Verordnung ist schon vom 11. Januar. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Die Verordnung bezweckt nur die Niederzwingung der Bergarbeiter und die Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Die Stütze der Regierung ist die Reichswehr, und gegen den Geist, der sich dort immer mehr zeigt, macht sich bis in die Kreise der Mehrheitsparteien hinein stärkster Unwille bemerkbar. Unerhört und jeder Gerechtigkeit Hohn sprechend sind die willkürlichen Zeitungsverbote, deren Gründe teils lächerlich, teils gemein sind. In einer großen Anzahl von Fällen läßt sich unmittelbar erkennen, daß der Militärbefehlshaber die unabhängige Partei treffen wollte, indem er zunächst die Zeitung verbietet, dann den Redakteur in Schutzhaft nimmt. Wie die anständigen Redakteure darüber denken, zeigen die Ausführungen des „Vorwärts"-Redakteurs auf der Pressekonferenz, der sich in scharfer Weise gegen die Maßnahmen der Regierung wandte, die ungerecht und ungesetzlich seien. Unsere Versammlungen, in denen die Abgeordneten nur Bericht über die Tätigkeit der Partei erstatten wollten, wurden vom Polizeipräsidenten von Berlin verboten. Aber auch in anderen Städten zeigte sich dasselbe. Es gibt nur ein richtiges Redeverbot — das gegen den Reichswehrminister Noske. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Selbst das Auswärtige Amt hat ihn unter Zensur gestellt. Hunderte unserer Parteigenossen sitzen unter kaum glaublichen Wohnbedingungen in Schutzhaft, und gerade die Zeit vor den Betriebsrätewahlen benutzt man eben dazu, um so die Wortführer des Proletariats unschädlich zu machen. Und dabei werden alle Beschwerden und Eingaben, genau wie solche über die Zeitungsverbote, in unerhörter Weise verschleppt. Es widerstrebt meinem Gerechtigkeitsgefühl, ein so gutmütiges Tier, wie den Esel, zum Vergleich heranzuziehen, um zu zeigen, wie leicht man mit dem Belagerungszustand regieren kann. (Heiterkeit.) Der Reichswehrminister ist ermächtigt, außerordentliche Kriegsgerichte einzusetzen, deren Zusammensetzung und Verfahren er und der betreffende Befehlshaber bestimmen kann. Das ungeheuerlichste aber ist, daß von diesen Gerichten nur die Todesstrafe verhängt werden darf, wovon nur in wenigen Fällen abgegangen werden kann. (Unerhört! bei den Unabh. Soz.) Diese Verordnung steht im Widerspruch mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung. Ein entschlossener Wille zum Unrecht natürlich kann sich darüber leicht hinwegsetzen. Sogar den Achtstundentag, die einzige Errungenschaft der Revolution, will die Regierung beseitigen. (Präsident Fehrenbach unterbricht: Ich vermag den Zusammenhang des Achtstundentages mit der Verordnung des Reichspräsidenten nicht einzusehen.) Die Folge ist nur neue, tiefe Erbitterung. Aufgefahrene Maschinengewehre schaffen auch Aufklärung, aber in einer Weise, wie sie Ihnen unerwünscht sein wird. Die ganze heutige Regierung betet die Gewalt an — alles wie einst, nur mit dem Unterschied, daß der Krieg auch bei den Mitgliedern der Regierung die Wirkung gehabt hat, Hemmungen zu lösen.

Reichsjustizminister **Schiffer**: Der Abg. Dr. Cohn legt die Verfassung falsch aus. Nach der Verfassung ist der Reichspräsident berechtigt, alle zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen ohne jede Beschränkung anzuwenden. Die Regierung der Demokratie muß stark sein und muß von ihren Machtmitteln den Gebrauch machen, für den sie bestimmt sind.

Reichswehrminister **Noske**: Anfang Januar waren in verschiedenen Teilen des Reiches wilde Eisenbahnerstreiks ausgebrochen. Die Nahrungsmittelzufuhr sogar wurde unterbrochen. Nun sollte ein Ausstand der Bergarbeiter hinzukommen und ein übriges tun. Die Führer der Bergarbeiter waren machtlos. Die vernünftigen Arbeiter wurden niedergeschrien und riskierten Leben und Gesundheit. Die Regierung konnte nicht untätig bleiben, als abermals versucht wurde, das Reich zugrunde zu richten. In vielen Teilen des Reiches herrschte allerdings Ruhe. Aber der Eisenbahnerstreik konnte sich ausdehnen. Vor allem war Mitteldeutschland bedroht. Deshalb wurde der Ausnahmezustand verhängt, um kräftig zupacken zu können, wenn das Ganze gefährdet würde. Der Versuch, unter lügenhafter Ausnutzung der Vorgänge vor dem Reichstag einen politischen Generalstreik herbeizuführen, mußte vereitelt werden. Dieser Versuch ist gemacht worden. **Die Attacke auf die Nationalversammlung wurde umgefälscht in ein von der Regierung veranstaltetes Massenmorden unschuldiger Arbeiter.** Das Verbot eines Teiles der unabhängigen und kommunistischen Presse und die vorgenommenen Verhaftungen waren notwendig zur Abwehr ernster Gefahren. Die Form einiger Verfügungen gebe ich rückhaltlos preis. Die Zeitungsverbote erfolgen jetzt befristet. Eine Verordnung über das Beschwerdeverfahren steht bevor. Für das, was geschehen ist, übernehme ich die Verantwortung. Der Redner geht dann auf die Plünderungen in Hamborn ein und fährt fort: Die Verordnung trifft nur Personen, die mit Waffengewalt oder im Zusammenwirken mit Bewaffneten schwerste Straftaten begehen. Mit keinem Worte ist darin von den Bergarbeitern die Rede. Sollte es zu einem neuen Kampf kommen, so soll die Wiederholung von so schaudererregenden Vorgängen wie im Prozeß Marloh dadurch verhütet werden. **Ueber Leben und Tod soll nicht mehr ein einzelner zu entscheiden haben, sondern ein Dreimännerkollegium.** Die Vollstreckung des Urteils ist gebunden an die Entscheidung des höheren Militärbefehlshabers. Die Verordnung wurde erst am 13. Januar unterzeichnet und mit ihrer Inkraftsetzung wurde bis zum 17. Januar gewartet. Wirksam gemacht wurde von ihr durch den Reichskommissar Severing nur der erste Teil über Ausnahmegerichte. Die Behauptung, die Bergarbeiter würden jetzt Standgerichten unterstellt, um zu erhöhter Arbeitsleistung gezwungen zu werden, ist eine bewußte Täuschung. Wer wagt es, sich schützend vor die 4000 festgenommenen Plünderer und Aufrührer zu stellen, die zum Teil ihre **eigenen Klassengenossen um Hab und Gut gebracht haben?** (Hört, hört!) Standgerichte sind überhaupt nicht eingesetzt worden. **Kein Todesurteil ist verhängt worden. Die bloße Androhung scharfer Maßnahmen hat genügt.** (Beifall.) Für die Bevölkerung ist die Verordnung eine Wohltat, ein Schutz gegen eine gewalttätige Minderheit, die frechsten Mißbrauch mit den neuen Freiheiten treibt. Ein paar tausend Narren und Verbrecher haben das Ruhrrevier unter Schrecken gesetzt. Während ihrer Herrschaft in Düsseldorf haben die Unabhängigen ganz munter mit dem Belagerungszustand regiert, haben Standgerichte eingesetzt und waren durchaus nicht zimperlich bei der Androhung von Todesstrafen. Wir sind nicht so dumm, daß wir darauf verzichten, uns unserer Haut zu wehren. Nur damit diese Herschaften eines Tages mit uns Schlitten fahren können. (Heitere Zustimmung.) Mit Waffengewalt sind die Bergarbeiter an der Einfahrt verhindert worden. (Widerspruch der Abg. Frau Zietz.) Sie waren ja gar nicht dabei. **Wenn es brenzlich war, war niemand von den „Unabhängigen" zur Stelle.** (Große Heiterkeit.) Wir hatten die Pflicht, dieser Schandwirtschaft ein Ende zu machen. Ohne vermehrte Kohlenförderung kommen wir aus der Verarmung nicht heraus. Wo die Bergherren sich unvernünftig zeigen, wird die Regierung ebenfalls scharf zupacken. Solange die unabhängige Presse jeden Versuch der Regierung auf vermehrte Erzeugung verhöhnt und herabsetzt, kommen wir nicht zu erträglichen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Diesem Treiben entgegenzuwirken ist der Zweck des Belagerungszustandes, und zu diesem Zweck wird er bestehen bleiben. (Beifall.) Soweit sich die Verordnung auf die Standgerichte bezieht, wird sie aufgehoben werden, sobald Ruhe herrscht. Die Anträge der Unabhängigen bitte ich restlos abzulehnen. Wo gemildert werden muß, wird es geschehen. Die meisten Verhaftungen sind schon rückgängig gemacht worden, aber zurzeit kann die Regierung auf raschelste Abwehrmaßnahmen noch nicht verzichten. **Wer über Gewalt schreit, mag zunächst auf Gewalt verzichten.** (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Loebe (Soz.): Meine Freunde haben dem Artikel 48 der Verfassung zugestimmt, der dem Reichspräsidenten außerordentliche Vollmachten einräumt. Sie erblicken darin eine Waffe der demokratischen Republik und ihrer Bürger gegen gewaltsame Angriffe. Daß diese Waffe nötig ist, haben die politischen Ereignisse wenige Monate vor Schaffung der Verfassung dargetan. Daß sie heute noch nötig ist, lehren u. a. **die umfangreichen Waffenfunde auf den Gütern monarchistischer Putschisten.** (Hört, hört!) Was die Verordnung vom 13. Januar 1920 betrifft, so haben auch bei uns zunächst starke verfassungsrechtliche Bedenken obgewaltet, und wir waren im Zweifel, ob sie mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Die Protokolle der Verhandlungen der Nationalversammlung über den Artikel 48 erweisen, daß Anhänger und Gegner diese Bestimmungen in derselben Weise ausgelegt haben, wie es jetzt von der Regierung geschieht. Besonders geht das aus den Ausführungen des Abg. Cohn zu dem umstrittenen Artikel hervor. Demnach ist an der Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht zu zweifeln. Wir sind mit der Regierung der Ansicht, daß eine solche Verfügung nur bei höchster Not des Landes und bei tatsächlicher gewaltsamer Bedrohung des Lebens der Staatsbürger gerechtfertigt ist. Die Erklärung der Regierung, daß die Aufhebung des Standgerichts und der Todesstrafen schon in Aussicht genommen ist, und bald erfolgen wird, setzt uns in den Stand, von der Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen Abstand zu nehmen. Wir sprechen aber bei dieser Gelegenheit den dringenden Wunsch aus, daß das in der Verfassung vorgesehene Reichsgesetz, das die Befugnisse des Reichspräsidenten genau umgrenzt, bald erlassen und daß das Gesetz auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit noch in dieser Session eingebracht wird. (Beifall.)

Dr. Spahn (Z.): Wir lehnen die Anträge der „Unabhängigen" ab.

Petersen (DDP.): Wir halten die Verordnung für gesetzlich zulässig und tatsächlich geboten. Es gibt keine Staatsform, der man solche Machtmittel so unbedenklich anvertrauen kann wie der demokratischen.

Henke (Unabh. Soz.): Im Dienste des Kapitals kann man eben nicht anders reden, als Noske es tat. Beinahe würde einem der Reichswehrminister menschlich näher kommen, wenn er sagt, daß er tief erschüttert über den Matrosenmord ist, aber das ist ja Heuchelei. (Präsident Fehrenbach rügt diese Aeußerung.) Wenn die Parteien, die heute leider noch die Mehrheit haben, unseren Antrag ablehnen, so machen sie sich mitschuldig an dem Verbrechen

am Volke. Dieser sozialdemokratische Wilhelm II. wirft mit großen Worten in Arbeiterversammlungen um sich, aber die Arbeiterschaft weiß, daß die Entwicklung über Noske und über die demokratische Republik hinweg geht.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabh. Soz. abgelehnt. Es folgt die zweite Lesung des Kapitalertragssteuergesetzes. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Ergänzung des Gesetzes über Kriegsvergehen, Landessteuergesetz.

Schluß 6 Uhr.

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Lodges Vorbehalt angenommen.

Der „Nieuwe Courant" meldet aus Washington: Der Senat nahm mit 58 gegen 25 Stimmen den Vorbehalt des Senators Lodge an, wonach die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiktion des Völkerbundes erstrecken soll. Mit den Republikanern stimmten 14 Demokraten. Ueberwiegend hält man die Annahme des Friedensvertrages dadurch für gefährdet, da der Präsident erklärte, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

Deutschland und Sowjet-Rußland.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Auswärtige Angelegenheiten hielt am 2. und 3. März längere Sitzungen ab, worin u. a. die Ostfrage einer längeren Besprechung unterzogen wurde. Als das Ergebnis der Aussprache stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schlusse folgendes fest: Der Ausschuß ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt:

1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjet-Regierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen.

2. Die Absicht wirtschaftlicher und finanzieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Der Regierung wird empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Der „Petit Parisien" will wissen, daß zwischen der Deutschen Republik und der Moskauer Regierung bereits ein Abkommen abgeschlossen worden sei, das sich in der Hauptsache über folgende Punkte erstrecke: Deutschland habe sich bereit erklärt, den Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr mit Rußland sofort wieder herzustellen. Ferner will Deutschland die Anwerbung von Ingenieuren, Technikern und Elektromonteure gestatten, um die Ausbeutung der russischen Bergwerke und der Industrie wieder in Zug zu bringen. Ferner verpflichte sich Deutschland im Abkommen, landwirtschaftliche Maschinen, Industriewerkzeuge und Manufakturen aller Art nach Rußland auszuführen. Deutschland mache sich auch anheischig, für einen noch festzusetzenden Preis Kohlen für die russische Industrie und für die Heizung zu liefern. Rußland habe sich bereit erklärt, im Austausch an Deutschland zu liefern: Lebensmittel, Getreide, Vieh und Rohstoffe für die deutsche Industrie, namentlich Flachs. Ein ansehnlicher Teil dieser Rohstoffe soll als Halbfabrikate nach Rußland wieder verschickt werden. Das Abkommen enthalte keine politischen Abmachungen. Die Räteregierung verlange von Deutschland weder die amtliche Anerkennung, noch die Herstellung diplomatischer Beziehungen. Das Gesuch Deutschlands, sofort 30000 deutsche Ansiedler nach dem Wologdagebiet zu entsenden, um dort bleibenden Einfluß zu gewinnen, sei noch umstritten. Die Bolschewisten sträuben sich nach der Behauptung des Pariser Blattes, diese Bedingungen anzunehmen und den Ansiedlern gesetzmäßig Siedelungsland zur Verfügung zu stellen. Sie erheben den Einspruch, die Sicherheit dieses Vorpostens des neuen deutschen Imperialismus (?) nicht gewährleisten zu können. Lenin und seine Mitarbeiter befürchten von dieser deutschen Ansiedlung Rückwirkungen.

Eine Bestätigung der Nachricht des Pariser Blattes liegt bisher von keiner Seite vor. Vermutlich handelt es sich nur um einen französischen Fühler. Man schlägt ein wenig auf den Busch, um zu erfahren, wie weit bereits die Verhandlungen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland gediehen sind.

Millerand gegen die Diktatur des Proletariats.

In der französischen Kammer interpellierte Dienstag der Royalist Daudet über Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um eine Wiederholung von politischen, d. h. revolutionären Streiks, wie des letzten Eisenbahnerstreiks, zu verhindern. Millerand erklärte **in einem Lande, in dem die Menschenrechte verkündet seien, könne eine Diktatur des Proletariats nicht aufgerichtet werden.** Es wäre widersinnig, daß in politischer Beziehung in der Republik das allgemeine Stimmrecht herrsche, in den Fabriken aber die Diktatur. In wenigen Tagen werde der Kammer ein Gesetzentwurf zugehen, der den Gewerkschaften Zivilrechte zuerkenne. Vor dem Ministerpräsidenten erklärte der Abgeordnete Marc Sagniert, die Regierung müsse baldigst eine soziale Politik beginnen, die Ausstände vermindere. Schließlich wurde die Tagesordnung angenommen, worin die Maßnahmen der Regierung gebilligt wurden, und worin ihr das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie eine soziale Gesetzgebung, namentlich durch **obligatorische Schiedsgerichtsverfahren,** machen werde, um eine Wiederholung derartiger Konflikte zu vermeiden. Diese Tagesordnung wurde mit 503 gegen 25 Stimmen angenommen.

England für eine sofortige Revision des Friedens von St. Germain.

Aus London wird gemeldet: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Unterhaus hat unter Vorsitz von Lord Robert Cecil beschlossen, eine Tagesordnung anzunehmen, worin die sofortige Revision des Friedensvertrages mit Oesterreich durch England und die Alliierten verlangt wird.

Denikins Heer von den Bolschewisten umzingelt.

Wie „Politiken" in Kopenhagen erfährt, ist Denikins Heer, das sich auf der Krim gesammelt hat, von den Bolschewisten umzingelt worden und nun von völliger Vernichtung bedroht. Andere Herresabteilungen, die sich am Dnjestr befanden, sind über diesen Fluß gegangen, um Zuflucht auf rumänischem Territorium zu suchen. Die einzigen Truppen, die jetzt noch gegen die Bolschewisten kämpfen, befinden sich zwischen dem Don und der Manitsch. Denikins Truppen leiden außerordentlich unter dem Mangel an Munition und Lebensmitteln.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Rechtsparteien fordern die Auflösung der Nationalversammlung.

Die beiden Rechtsparteien, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, können ihre Ungeduld nicht meistern. Sie haben einen Antrag eingebracht, worin sie fordern:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenkt, ferner die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzulegen.

2. Sich vom 1. Mai 1920 an für aufgelöst zu erklären.

Die Neuwahlen werden dann stattfinden, wenn die drei Mehrheitsparteien es wollen, nicht wenn die Herren von Graefe und Stresemann es wünschen. Nur nicht drängeln!

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung behandelte Mittwoch den Entwurf zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919. § 1 wurde unverändert angenommen. § 2 bestimmt, daß die Gewährung von Straffreiheit, die Verjährung der Strafverfolgung und ein früheres Verfahren einem Verfahren auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 nicht entgegensteht. Ist der Beschuldigte in dem früheren Verfahren rechtskräftig freigesprochen worden, so verordnet der 1. Strafsenat des Reichsgerichts auf Antrag des Oberreichsanwalts die Wiederaufnahme des Verfahrens, falls der Beschuldigte hinreichend verdächtig ist. Das Gleiche gilt, wenn in dem früheren Verfahren auf eine Strafe erkannt worden ist, die zu der Schwere der Tat im offenen Mißverhältnis steht. Bei dem Paragraphen wurde das Wiederaufnahmeverfahren, das in solchen Fällen eingeschlagen werden soll, lebhaft erörtert. Der Paragraph wurde mit großer Mehrheit angenommen.

§ 3. (Zuständigkeit des Reichsgerichts) blieb unverändert. — Bei § 4 wurde die Bestimmung angefügt, daß die Kosten und Auslagen des Verfahrens, sofern besondere Billigkeitsgründe vorliegen, vom Reichsgericht ganz oder teilweise der Reichskasse auferlegt werden können.

Widerstand gegen Ueberschichten.

Wegen der vom Reichskommissar Severing angeordneten Verfahrung der Ueberschichten brach auf den Zechen „Diergart III" und „Westende" (Phönix A.-G.) ein Streik aus. 60 bis 70 Bergleute der Zeche „Diergardt" kletterten, als ihnen die Seilfahrt verweigert wurde, an den 120 Meter hohen Leitern zu Tage. Da sie ausgesperrt wurden, trat die gesamte Belegschaft in den Streik. Auf Zeche „Westende" wurde die Arbeit verweigert, weil angeblich die zur Verfahrung der Ueberschichten notwendigen Lebensmittelrationen nicht sichergestellt seien.

Auf der linken Rheinseite ist der Streik jetzt beendet, nachdem die Mitglieder des Betriebsrates zum Teil von den Besatzungsbehörden verhaftet worden waren.

Streikausschreitungen in Solingen.

In Solingen wurden nach Meldung Berliner Blätter in der Nacht zum Mittwoch nach Beendigung der Verhandlungen zwischen der Streikleitung und den Arbeitgebern über die Beilegung des Streiks in der Metallindustrie, die im großen und ganzen zu einer Einigung geführt hatten, die Arbeitgebervertreter beim Verlassen des Verhandlungslokales von den draußen wartenden, nach Tausenden zählenden, unter Führung mehrerer mit Knüppeln bewaffneter Personen überfallen, mißhandelt und schwer verletzt. Die anwesenden Polizeibeamten schritten erst nach Ankunft des Polizeiinspektors ein. Die Menge hinderte dann die Polizei an dem Schutz der verletzten Arbeitgeber. Die englischen Besatzungstruppen verhielten sich vollkommen neutral.

Kleine politischen Nachrichten.

Wie aus London berichtet wird, ist der Oberste Rat wieder zusammengetreten, um Beschluß über die grundsätzlichen Fragen betreffs der maritimen und finanziellen Bedingungen des türkischen Friedensvertrages zu fassen.

Dem litauischen Ministerpräsidenten wurde bei seiner letzten Anwesenheit in London eröffnet, daß **England Litauen nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung in aller Form rechtlich anerkennen werde.** Die Wahlen zur litauischen Nationalversammlung finden am 14. und 15. April statt. Der Zusammentritt wird Anfang Mai erfolgen.

Der Oberste Rat beabsichtigt die Weltvorräte an unentbehrlichen Lebensmitteln und Rohstoffen unter Aufsicht zu nehmen, um eine „gerechte" Verteilung zu sichern.

Der „Telegraph" will wissen, daß sich der Führer der Jungtürken, Enver Pascha, seit ungefähr einer Woche in Berlin aufhalte und für die jungtürkische Sache werbe.

Justizsekretär Palmer hat die ihm von der demokratischen Partei angebotene Kandidatur als Präsident der Vereinigten Staaten angenommen.

Senator Kenyon hat im amerikanischen Senat den Vorschlag eingebracht, Amerika solle die Bermuda-Inseln kaufen. Der Kaufpreis solle von den englischen Kriegsschulden abgeschrieben werden.

Japanische Truppen drangen in den russischen Teil der Insel Sachalin ein. In den Gebieten der Amurbahn bildeten sich bolschewistische Sowjets.

Der chinesische Premierminister ist zurückgetreten.

Ungarn.

Ein neuer Anschlag auf den Kriegsminister.

Aus Budapest wird gemeldet: Auf der Elisabethbrücke feuerte Dienstag abend ein gut gekleideter junger Mann gegen den Kriegsminister Friedrich, als dieser die Brücke im Automobil passierte, einen Revolverschuß ab. Die Kugel verfehlte ihr Ziel. Der Täter entkam im Nachtdunkel. Ueber Budapest wurde Dienstag, durch eine Verfügung des Armeekommandos der Belagerungszustand verhängt. Der Grund zu der Maßnahme liegt in der ungeheuren Erregung, die durch die Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung des Chefredakteurs Somogyi hervorgerufen worden ist.

Schweiz.

Der Beitritt zum Völkerbund beschlossen.

Der Nationalrat genehmigte mit 115 gegen 55 Stimmen den Bundesbeschluß betr. den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Die Amerikaklausel ist fallengelassen worden, dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und einige Bürgerliche.

Belgien.

Allgemeines Gemeindewahlrecht.

Die Kammer nahm mit 120 gegen 37 Stimmen den ersten Artikel des Gesetzentwurfs an, allen belgischen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht für die Gemeindewahlen einzuräumen.

Bergarbeiterstreik.

Dem „Handelsblad" wird aus Bethune gemeldet: In den Bergwerken von Marles streiken fast sämtliche Arbeiter. 11 170 Mann haben die Arbeit niedergelegt.

Der Bergarbeiterstreik ins Mons beendet.

Die Bergarbeiter haben die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 4. März.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hält Freitagabend 7 Uhr im Rathause eine Fraktionssitzung ab. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Die Schaffung eines Presseamtes

wird in einem Ersuchen gewünscht, welches gestern im Bürgerausschuß von demokratischer Seite an den Senat gerichtet wurde. Wenn man die vielen falschen Meldungen, die gerade die hiesige bürgerliche, besonders die demokratische Presse in letzter Zeit „aus informierten Kreisen" über angebliche Absichten oder Unterlassungen amtlicher Stellen veröffentlichte, mit Kopfschütteln gelesen hat, dann kann man den Ruf nach einem Presseamt von dieser Seite aus wohl begreifen. Auch wir vertreten die Anschauung, daß eine Stelle eingerichtet werden muß, durch welche die Presse ständig Informationen über für die Oeffentlichkeit bestimmte oder nicht dafür geeignete Pläne und Absichten der Regierung und Behörden erhält und wo ihr auch Gelegenheit gegeben wird, sich auszusprechen und Anregungen zu machen. Eine solche Institution, für die in einem Staate von der Größe Lübecks die Anstellung eines besonderen Beamten wohl nicht erforderlich wäre, sondern deren Leitung man vielleicht einem dazu geeigneten Mitarbeiter des Senats übertragen kann, und der ein aus Vertretern aller hiesigen Zeitungen zusammengesetzter Beirat zur Seite zu stellen wäre, könnte zweifellos sehr nützlich wirken. Ob das aber auch der Fall sein dürfte, wenn das Presseamt sich zu einer großen Propagandastelle für alles mögliche auswachsen würde, wie es von bürgerlicher Seite befürwortet wird, erscheint doch recht fraglich. Man gewinnt schon von vornherein den Eindruck, daß ein an sich guter Gedanke durch seine Ueberspannung wesentlich beeinträchtigt wird. Wer möchte wohl, nach den bisherigen Erfahrungen, einem hiesigen Journalisten bürgerlicher Observanz die Leitung eines solchen Presseamtes anvertrauen? Und ein Auswärtiger kann doch überhaupt nicht in Frage kommen.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner Sitzung am Mittwoch gutachtlich den Betrag von 100 000 Mk. zur Einrichtung einer Schweinemast und zum Ankauf von 100 Läuferschweinen. Der Bürgerschaft zur Genehmigung empfohlen wurden ferner die Senatsanträge auf Fahrpreisvergünstigungen für Kriegsbeschädigte, auf Verstärkung der Mittel der Armenbehörde um 461 272 Mk., auf Anschaffung zweier Filmvorführungsapparate zur Vorführung von Lichtbildern als Lehrmittel, auf Verstärkung der Mittel für das Rathaus um 19 416,50 Mk., auf Verkauf mehrerer Grundstücke in Moorgarten. In letzteren Fällen ist der Finanzbehörde auf die Dauer von 100 Jahren das Wiederkaufsrecht gesichert. Der Bürgerausschuß genehmigte des weiteren den Verkauf einer Landfläche an der Straße Wakenitzufer an den Posamentier Stein. Gutachtlich zur Genehmigung empfohlen wurden die Anträge auf Instandsetzung und Verbesserung des Amtsgebäudes Untertrave 104 (Kosten 25 300 Mk.), Verstärkung der Mittel für das Jugendamt um 38 500 Mk., Verstärkung der Mittel für die Senatskanzlei um 44 300 Mk., Erhöhung der Bezüge der in den Ruhestand versetzten Hebammen vom 1. Oktober 1919 ab. An eine Kommission verwiesen wurde ein Senatsantrag auf Herstellung eines Kellers im Wohnhause Rittbrok 15. Die Landgemeindeordnung wurde von der Beratung abgesetzt.

Raubmörder Fichtner vor dem Oberkriegsgericht.

Am Mittwoch tagte im Lübecker Gerichtsgebäude das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps, um gegen den Musketier Fichtner, der früher einem baltischen Landwehrdetachement angehörte, wegen Raubes und Mordes zu verhandeln. Die Verhandlungen leitete Geheimer und Oberkriegsrat Daffner. Vertreter der Anklage ist Kriegsgerichtsrat Dr. Nissom. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Munck. Der Angeklagte ist bereits am 8. Dezember 1919 vom Kriegsgericht, wie wir damals berichteten, wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Die beiden Mitangeklagten, der frühere Unteroffizier Kloskowsky und der Musketier Carow erhielten wegen Beihilfe: ersterer 15 Jahre und letzterer 4 Jahre Zuchthaus. Das Urteil gegen K. und C. ist rechtskräftig geworden, da sie auf Berufung verzichteten. Fichtner hingegen legte Berufung ein, so daß die Sache vor dem Oberkriegsgericht verhandelt werden mußte. Die Verhandlung ergab wenig Neues. Der Angeklagte behauptete, daß nicht er, sondern Kloskowsky den Plan gefaßt habe, dem Schulz das Geld abzunehmen. Auch bestreitet er, den Platz, wo die Ermordung stattfand, vorher ausgesucht zu haben. Sie wollen nur außerhalb der Stadt gegangen sein, um Umschau nach den umliegenden Dörfern zu halten. K. habe am Tatorte den Sch. nicht nur ein Bein gestellt, damit er zu Fall kam, sondern ihm (F.) auch das Messer zum Durchschneiden der Kehle gereicht. Er gibt zu, daß er dem Sch. mit dem Revolv reeinen Schlag auf den Kopf gegeben hat. Auf Weiteres will er sich aber nicht erinnern können, da er infolge Nervenschwäche ebenfalls wie sein Opfer umgefallen sei. Auf Vorhaltung des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er sein früheres Geständnis und seine früheren, anders lautenden Aussagen nur darum gemacht habe, weil er den Vorsatz gehabt habe, sich aufzuhängen, doch sei ihm dieses nicht gelungen. Die als Zeugen vernommenen früheren Mitangeklagten K. und C. bleiben im wesentlichen bei ihren ersten, den Angeklagten belastenden Aussagen. Insbesondere bestritt K. die Behauptung Fichtners, wonach er selbst an der Tat beteiligt gewesen sein soll. Daß Fichtner bei der Ausführung des Verbrechens infolge Ohnmacht umgefallen ist, will keiner der Zeugen bemerkt haben.

Nach dem ärztlichen Gutachten ist der Angeklagte nicht nur geistig normal, sondern es sei auch kaum anzunehmen, daß die Tat in einem Zustand beschränkter Willensbestimmung ausgeführt sei. Der Verteidiger betont, daß die Aussage Kloskowskys ebenso unglaubwürdig sei, wie die Behauptungen Fichtners. Wenn F. auch wohl den Vorsatz der Tötung gehabt habe, so sei doch keineswegs erwiesen, daß er die Tat mit Ueberlegung ausgeführt habe. Vorher sei nicht von Mord, sondern nur von Raub geredet worden.

Auch die Aufsuchung des Platzes spreche nicht von Ueberlegung. Er bat daher, den Angeklagten nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlages mit Zuchthaus zu bestrafen.

Der Vertreter der Anklage führte demgegenüber aus, daß an der Ueberlegung und planvollen Ausführung der Tat kein Zweifel bestehe. Der Angeklagte sei nicht nur der Rädelsführer gewesen, sondern habe auch den Raub und Mord erwiesenermaßen ausgeführt. Die erst während der Verhandlung gemachten Einwendungen des Angeklagten ständen in Widerspruch mit seinen eigenen früheren Aussagen. Die Berufung sei zu verwerfen. Ein Mensch wie F., der wiederholt Mordpläne geschmiedet hätte, müsse die Folgen seiner Tat tragen.

Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung. Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Angeklagte dem Sch. die Kehle durchschnitten hat, wodurch der Tod sofort eintrat. Die weiteren 10 Stiche, die er seinem Opfer beigebracht habe, zeugten nicht nur von großer Energie, sondern auch von Ueberlegung. Der Angeklagte müsse daher wegen Raubes und Mordes zum Tode verurteilt werden. — Fichtner, der sich während der Urteilsberatung mit den ihn bewachenden Schutzleuten zu unterhalten versuchte, nahm das Urteil gleichgültig auf.

Warum bekommen wir keine Bücklinge? Die Lübeck nach den neuesten Abmachungen zustehenden, auch im vereinbarten „billigen" Preis von 3,30 Mk. das Pfund noch teuer genug bewerteten Bücklinge sind sehr rar. Den Grund hierfür gibt die Fischergenossenschaft im Generalanzeiger bekannt. Danach soll jedesmal vom Landesversorgungsamt bei der Industrie das notwendige Quantum Heringe zur Bücklingsbereitung für die Lübecker Bevölkerung angemeldet werden, worauf die Industrie (Heringsimport) ihrerseits bei den Fischern die entsprechende Lieferung zu veranlassen hat. Das Lübecker Landesversorgungsamt hat aber bisher überhaupt noch keine Heringe zur Bücklingsbereitung für Lübeck angefordert. Wohl aber haben die Fischer sowohl am 26. Februar wie auch am 2. März je 5000 Pfund aus freien Stücken für diesen Zweck hergegeben. Ein größerer Fang war auch am 28. Februar zu verzeichnen. Durch das Unterlassen der Anmeldung des Lübecker Bedarfs ist von diesem Fange kein Fisch den Räuchereien zu dem für Lübeck geltenden Vorzugspreise geliefert worden. — Wenn diese Darstellung zutreffend ist, dann liegt seitens des Landesversorgungsamts ein äußerst grober Verstoß vor, der nicht scharf genug verurteilt werden kann. Die Bekanntmachung dieses Unterlassungsfehlers wird hoffentlich genügen, um auf dem schnellsten Wege für Abhilfe zu sorgen. Ein umständlicher Kram ist das Ganze aber trotzdem. Die Fischer sind schon von selbst moralisch verpflichtet ohne dieses besondere „Anfordern" den Lübeckern das zu geben, worauf sie ein gutes Recht haben. Die Fischer erklären noch allergnädigst, es liege gar nichts im Wege, bei größeren Fängen auch ein etwas erhöhtes Quantum Heringe zur Bücklingsbereitung für die Lübecker Bevölkerung abzugeben, wenn nur die Gewähr besteht, daß diese Ware nicht nach auswärts verschoben werde.

Höchstpreise für Heringe sind nach einer amtlichen Bekanntmachung nunmehr auch für die Provinz Lübeck festgesetzt worden. Der Fischerpreis beträgt 80 Pfg., der Kleinhandelspreis 1,10 Mk. pro Pfund.

Die Einführung der Sommerzeit kommt auch für 1920 nicht in Frage, nachdem die Nationalversammlung im Vorjahr den betreffenden Gesetzentwurf mit großer Mehrheit ablehnte.

Tarifkündigung. Die kaufmännischen Angestellten haben den Tarif zum 1. April gekündigt. Verhandlungen sollen baldigst eingeleitet werden.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer ist auch auf vielen Steuerzetteln von Kriegsteilnehmern in voller Höhe von 50 Proz. vermerkt, obwohl diese nach Senats- und Bürgerschaftsbeschluß nur zur Hälfte herangezogen werden sollen. Das rührt daher, daß der Steuerbehörde nicht alle Personen ausdrücklich bekannt sind, die eine Ermäßigung genießen. Wer also als Kriegsteilnehmer Anspruch auf Steuererleichterung hat, muß sich mit dem Steuerzettel und Militärentlassungsschein bei der Steuerbehörde, Zimmer 1, melden, wo die Berichtigung vorgenommen wird.

Viehzählung. Am 1. März d. Js. hat wieder eine Zählung des Rindviehs, der Schweine, Schafe und Ziegen stattgefunden. Derartige Viehbesitzer, bei denen bisher ein Zähler nicht gewesen ist, haben ihren Viehbestand sofort im Statistischen Amt, Braunstraße 2/4 zu melden. Nichtmeldungen oder unrichtige Angaben ziehen schwere Strafen nach sich.

Die Lübecker Oelmühle A.-G., vormals Asmus ist der Wirtschaftsgesellschaft der deutschen Oelmühlen beigetreten. Sie darf nun auf Belieferung mit Oelfrüchten zur Aufnahme des Betriebes rechnen. Für die richtige Ablieferung des geschlagenen Oeles ist mit Hilfe einer Bank eine Bürgschaft gestellt worden. Die Wiederaufnahme des Betriebes hängt auch von der Belieferung mit der notwendigen Kohle ab, doch ist diese in Aussicht gestellt.

An der Oberrealschule zum Dom fand am 2. und 3. März die Reifeprüfung unter dem Vorsitz des Oberschulrats Prof. Dr. Wychgram statt. Die Prüfung bestanden 18 Schüler. Außerdem bestanden 4 Schüler die Kriegsteilnehmerprüfung. Von der mündlichen Prüfung befreit wurden 6 Schüler.

Beim Spielen ertrunken ist Mittwoch morgen im Stadtgraben bei der Eutiner Brücke der 9jährige Sohn des Zollaufsehers Schwarz in der Geverdesstraße. Die Wiederbelebungsversuche mit dem Pulmotor waren leider vergeblich. An der Untertrave streifte der Wagen der Feuerwehr noch ein dort stehendes Pferd, dem der Huf abgerissen wurde. Das Tier mußte sofort getötet werden.

Die Leiche eines älteren Mannes wurde Mittwoch mittag bei der Hüxtertorbrücke ans Land gezogen. Die Personalien sind noch unbekannt.

Hansatheater. Heute, Donnerstag, hat Edgar Pauly sein zweites und letztes Gastspiel im hiesigen Hansatheater und zwar wird er sich in der Rolle des Schöll im „Dreimäderlhaus" wohl wieder für längere Zeit vom Lübecker Publikum verabschieden.

Treibriemendiebstahl. In der Nacht vom 29. Februar zum 1. März ds. Js. ist auf dem Gute Brandenbaum ein Treibriemen von 24 Meter Länge und 14 Zentimeter Breite gestohlen worden. Für die Herbeischaffung des Riemens ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Fahrraddiebstahl. Aus einem Hause in der Königstraße ist am 3. ds. Mts. ein Fahrrad gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, etwas nach oben gebogene Lenkstange. Die Felgen sind mit einem grünen Streifen versehen.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Die Wohnungsnot, die immer größer und größer wird, beschäftigte die Versammlung, die Dienstag abend im Lübecker Hof stattfand. Der Referent Gen. Gogowsky schilderte das Wohnungselend, welches durch das Darniederliegen der Bautätigkeit während und nach der Kriegszeit hervorgerufen ist. Trotz der großen Todesopfer, die der Krieg sowohl draußen im Felde wie durch Seuchen und Unterernährung hervorgerufen hat, bleiben die Familien zusammen und Wohnungen sind dadurch nicht frei geworden. Die vorhandenen Wohnungen werden immer mehr und mehr übervölkert, da Söhne und Töchter, Schwiegertöchter und Schwiegersöhne in dem Haushaltungsverband der Eltern als junge Ehepaare aufgenommen werden, um nur ein Obdach zu haben. Dadurch sind drei und mehr Familien in ein und derselben Wohnung. Dieser Zustand bedarf dringend der Abhilfe. Das Unternehmer- und Baufpekulantentum betrachtet das Wohnungselend des Volkes als ein günstiges Objekt um Riesengewinne einzuheimsen. Je schlimmer der Zustand wird, desto größer muß der Profit werden, so wird in den Kreisen des Großkapitals spekuliert. Die große Masse des Volkes müßte auch hier die Kosten bezahlen. Da ist es die höchste Zeit, daß Kommunal- und Staatsverwaltungen eingreifen, um mit den Genossenschaften die Rohstoffe zu erfassen, Ziegeleien zu errichten, das baureife Holz aus den Staatsforsten zu gewinnen, um recht bald zu anständigen Wohnhäusern zu kommen. Die Arbeitsbaugenossenschaft wird sich im besonderen angelegen sein lassen, alles zu unternehmen, was geeignet ist, um zu normalen Zuständen im Wohnungswesen zu kommen. Die gesamte Bevölkerung hat es in der Hand, selbständig mitzuwirken, indem die Mitgliedschaft bei den Genossenschaften erworben wird. Nur die geschlossene Organisation ist imstande, bestehende Zustände zu ändern. Der einzelne ist nichts, vereinigt sind wir eine große Macht. — Genosse Heinsen, der mit Arbeiten überlastet ist, legte seinen Posten als Kassierer nieder. An seiner Stelle wurde Gen. Johannes Weber, Rensefeld, Schnoorstraße 10, gewählt Dieser nimmt Beitrittserklärungen und Spargelder für die Arbeitsbaugenossenschaft entgegen.

Eutin. Mit dem Anschluß an einen benachbarten Staat beschäftigte sich eine öffentliche Volksversammlung, die Mittwoch abend im großen Saale des hiesigen „Schloßhotels" stattfand. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Selbst auf den Galerien drängte sich das Publikum. Auch aus der weiteren Umgebung waren die Einwohner herbeigeeilt, um sich die Versammlung nicht entgehen zu lassen. So hatte besonders Ahrensbök eine starke Vertretun entsandt. Der Einberufer der Versammkung, der Landtagsabg. Gen. Hensel, wies einleitend darauf hin, daß weite Kreise der Provinz die Zukunft des Ländchens lebhaft beschäftige. Die Frage sei die, ob man bei dem räumlich weit entfernt liegenden Oldenburg verbleiben, oder sich nicht vielmehr Lübeck oder Preußen anschließen soll. Die Frage sei an sich keine politische, aber sie bedürfe dringend der Klärung, da sie das Gesamtwohl der Bevölkerung auf das lebhafteste berühre. Aus dieser Erwägung heraus sind zunächst Lübecker ersucht worden, die Gründe darzulegen, die nach ihrer Meinung für einen Anschluß der Provinz an die Freie Stadt Lübeck sprechen. In der Folge sollen in derselben Weise auch Vertreter Preußens und Oldenburgs veranlaßt werden, ihren Standpunkt zu erläutern. Notwendig sei es, mit ruhiger Sachlichkeit die ganze Frage zu erörtern, um der Bevölkerung, die sich selbstverständlich das Selbstbestimmungsrecht, das ihr in der Reichsverfassung verbürgt sei, nicht nehmen lassen werde, die spätere Entscheidung zu erleichtern. Hierauf erhielt als erster das Wort Staatsminister Johannes Stelling, um in eingehendster sachlicher Weise alle die Gründe anzuführen, die nach seiner Meinung einen Anschluß der Provinz an Lübeck rechtfertigen, ihn sogar wünschenwert erscheinen lassen. In weiten Kreisen hat sich bereits die Ansicht Bahn gebrochen, mehr als bisher die Frage des Einheitsstaates zu erörtern. Der Einheitsstaat läßt sich aber nicht von heute auf morgen herstellen; es gilt zunächst, die Vorbedingungen dazu zu schaffen. Rundweg zurückzuweisen ist der Gedanke, die Bevölkerung der Provinz Lübeck vielleicht als Handelsobjekt im Austausch gegen andere Länder zu benutzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung darf nicht außer acht gelassen werden. Eine Fülle von wirtschaftlichen und praktischen Gründen spricht für den Anschluß an Lübeck. Stelling weist das im Einzelnen eingehend nach. Der ganze Süden der Provinz steht heute bereits in innigster Verbindung mit Lübeck. Tausende von Arbeitern und Handwerkern aus der Provinz suchen und finden Lohn und Brot in Handel und Industrie Lübecks und empfinden es häufig schmerzlich genug, nicht aller der Vorteile teilhaftig zu werden, die ihnen Lübeck bietet, weil sie ihren Wohnsitz in der unmittelbar vor den Toren Lübecks liegenden Provinz haben. Aber auch der Landwirt in der Provinz hat ein starkes Interesse an dem Gedeihen Lübecks. Handel und Wandel, die soziale Gesetzgebung: alles weist die gesamte Einwohnerschaft der Provinz auf engsten Anschluß an Lübeck hin. Gerade wer den deutschen Einheitsstaat für erstrebenswert hält, muß für einen Anschluß der Provinz an Lübeck tatkräftig eintreten. Zeigen Sie, daß Sie die Zeit begriffen haben. (Beifall und Widerspruch.) Nächster Redner war Herr Rechtsanwalt Dr. Görtz aus Lübeck, der in beredten Worten die Stammeszugehörigkeit der Provinz zu Lübeck betonte. Es geht nicht mehr an, daß Staaten und Staatenteile räumlich weit von einander getrennt sind. Lübeck ist eine Handels- und Industriestadt. Das Hinterland fehlt. Gerade die Landwirtschaft, die vielfach für einen Anschluß an Preußen ist, würde sich bei einem Anschluß an Lübeck am besten stehen. Steuerfragen scheiden gänzlich aus, da mit dem 1. April die Reichseinkommensteuer an Stelle der Landessteuer tritt. Wohin wir sehen, neigt sich die Wagschale zugunsten Lübecks. Sie gewähren uns gewiß vieles, wenn Sie zu uns kommen, aber auch Lübeck bietet Ihnen vieles an Einrichtungen, was Sie heute entbehren müssen. Eine Vereinigung der Provinz mit Lübeck würde beiden zum größten Vorteile gereichen. (Beifall.) Herr Kaufmann Renken (Eutin) hegt die Befürchtung, daß bei einem Anschluß der Provinz an Lübeck Handel und Gewerbe in der Provinz geschädigt werden. Er ist deshalb für ein Verbleiben bei Oldenburg. Wenn aber schon einmal ein Anschluß an einen benachbarten Staat gesucht werden müsse, ziehe die Stammesart die Bewohner der Provinz nach Schleswig-Holstein. Die Handelskreisen hätten jedenfalls beschlossen, keinen Anschluß nach Lübeck zu suchen. (Lebhafter Beifall bei Kaufleuten und Handwerkern.) Ein Herr aus Ahrensbök, dessen Name nicht zu verstehen war (es soll sich um einen mittleren Postbeamten handeln) ist für Anschluß an Schleswig-Holstein. Ihm genügt es, wenn die Provinz Selbstverwaltung mit einem Landrat in Eutin erhält. Ohne die Stimme des Volkes zu hören, habe man 1866 das Amt Ahrensbök von Schleswig-Holstein getrennt. Ein weiterer auswärtiger Redner, dessen Name uns ebenfalls unverständlich blieb, kann sich nicht dafür erwärmen, den Anschluß an einen Staat zu vollziehen, der nur 100 000 Einwohner hat. Er ist für Anschluß an Preußen. Genosse Gloe (Eutin): Bei der Lösung der Anschlußfrage darf man sich nicht von Stimmungen leiten lassen. Er erklärt sich gegen einen Anschluß an Lübeck und hält es für das beste, aus der Provinz Lübeck, der Stadt Lübeck und einem Teile Mecklenburgs einen Freistaat im Anschluß an Preußen zu bilden, um mit den Kleinstaaten allmählich aufzuräumen. Herr Bürgermeister Dr. Gleiniger (Schwartau) schildert eingehend und drinalich die Notwendigkeit, aus wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gründen sich Lübeck anzuschließen. Herr Landwirt Henk (Bültwisch) macht den Landwirten klar, daß der Anschluß an Lübeck gerade in ihrem Interesse liege. In Lübeck habe man gerechterweise der Landwirtschaft immer gegeben, was ihr zukomme. Oft genug hätten ihm Landwirte in den lübschen Enklaven versichert, daß in Lübeck für die Landwirtschaft weit besser gesorgt werde, als in Preußen. Hinzu komme noch, daß der Landwirt seine Interessen in der Lübecker Bürgerschaft weit besser vertreten könne, als in Berlin. Weitere Redner begehrten nicht das Wort. In seinem Schlußwort nahm Genosse Stelling die Gelegenheit wahr, verschiedene offenbare Unrichtigkeiten, die in der Aussprache von einzelnen Rednern aus Eutin und Umgegend ins Treffen geführt waren, richtig zu stellen und nochmals in warmen Worten für den Anschluß der Provinz an Lübeck einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende, Genosse Hensel, schloß die Versammlung, indem er den Anwesenden ans Herz legte, sich auch an den übrigen Versammlungen mit derselben Ruhe und Aufmerksamkeit zu beteiligen. Die Versammlungsteilnehmer aus Ahrensbök konnten es sich nicht verkneifen, die Versammlung in eine kleine Demonstration für Schleswig-Holstein auslaufen zu lassen, indem sie das Schleswig-Holstein-Lied anstimmten. Es war die erste größere öffentliche Versammlung, die sich in der Provinz mit der Anschlußfrage beschäftigte. Lübeck darf im großen ganzen mit ihrem Ergebnis zufrieden sein.

Die schleswig-holsteinischen Sonderbestrebungen

Kiel. Eine Schwindelnachricht wurde wieder einmal mit der Rendsburger Kundgebung in die Welt gesandt. Die Sache wurde so dargestellt, als ob der größte Teil der Schleswig-Holsteiner mit Einschluß der Sozialdemokraten mit den Sonderbestrebungen einverstanden sei. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Drahtziehern um Leute a la Dorten, die glauben, durch eine Loslösung Schleswig-Holsteins von Preußen würde das Land „up ewig ungedeelt" bleiben und Gebiete nicht an Dänemark fallen. Macher des Ganzen sind der Kieler Stadtverordnete Dr. Leonhardt und der Rendsburger Bürgermeister Timm. Die Rendsburger Zusammenkunft war ganz geheim betrieben worden. Unsere Genossen waren der Einladung nur gefolgt, um zu schauen, was denn eigentlich beabsichtigt war. Denn, schreibt unser Kieler Bruderblatt, „wo es sich um eine Kundgebung für das Deutschtum handelt, sind wir Sozialdemokraten immer dabei. In einer Zeit, wo in Nordschleswig „nationale" Herrschaften, die früher mit Köllerdurchdick und dünn gegangen sind, ihre Zeitungen und Druckereien an die Dänen verkauften, gründen wir im Norden zur Stütze des Deutschtums neue Blätter, ohne Aussicht auf finanzielle Erfolge, sondern lediglich um der Sache willen. Aus diesem Grunde sind auch unsere Genossen diesem Rufe gefolgt, um leider nachher zu erkennen, daß man versucht hat, sie auf den Leim zu locken. Sie sind nicht auf den Leim gekrochen, sondern haben, nachdem sich die Herren demaskiert und hinter patriotischen Phrasen der Pferdefuß der Abtrennungsbestrebung von Preußen und eventuell von Deutschland deutlich erkennbar wurde, das Lokal verlassen." Trotzdem brachten es die „Schwärmer" fertig, von einer einstimmig angenommenen Kundgebung zu sprechen. Nicht ohne Absicht ist in der Resolution auch der alte, ehrliche Name des Genossen Michelsen-Flensburg mit aufgenommen worden. Michelsen ist ein erklärter Kämpfer für das Deutschtum im Rahmen der deutschen Republik, und setzt allen Absonderungsbestrebungen den entschiedensten Widerspruch entgegen. Darin gibt es in der Sozialdemokratie überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Die deutsche Sozialdemokratie hat überall im Deutschen Reiche ein festes Bekenntnis zur deutschen Republik und zum deutschen Einheitsstat abgelegt. Die Bestrebungen der Rendsburger Bewegung stehen in sehr engem Zusammenhange mit dem § 81 R.-Str.-G.-B. (Hoch- und Landesverrat). Bezeichnend ist es, daß die Presse ausgeschlossen war und von den Teilnehmern gewünscht wurde, von den Verhandlungen nichts in die Presse zu bringen. Die Reichsverderber sind also überall am Werke, wo ihr Geldbeutel gefährdet ist. Denn das ist doch die Hauptsorge.

In Berlin fanden Beratungen über die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte für Schleswig-Holstein statt.

Flensburg. Empfindliche Strafe für einen Pferdeschmuggler. Ein schleswig-holsteinischer Hofbesitzer wurde vom Schöffengericht in Rödding wegen Schmuggelns von Pferden über die dänische Grenze zu 75 000 Mark verurteilt.

Schwerin. Zum Landarbeiterstreik. In Mecklenburg wird auf ungefähr 100 Güter gestreikt. Die Frühjahrsbestellung ist bisher nicht gefährdet. Die Arbeiter wollen im Jahre 2760 Arbeitsstunden und 120 Ueberschichtstunden leisten, während die Arbeitgeber eine Leistung von 2900 Stunden verlangen. Die Arbeiter fordern einen Jahreslohn von 5000 Mk. unter Anrechnung der Naturalleistungen. Die Arbeitgeber wollen etwas über 4000 Mk. bewilligen.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Wassersport. In der öffentlichen Versammlung am 20. Februar, die den Zweck hatte, einen Arbeiter-Schwimmverein zu gründen, zeichneten sich 30 Mitglieder ein, darunter 3 Damen. Die neue Vereinigung erhielt den Namen „Freie Wassersportvereinigung Lübeck". Der Name wurde gewählt, um auch den anderen Wassersportzweigen den Weg freizuhalten und um den ganzen Wassersport unter eine Leitung zu bringen. Selbstverständlich soll den einzelnen Sportarten ihre Selbständigkeit gewahrt bleiben. Die „Freie Wassersportvereinigung" wird sich dem Arbeiter-Sportverband und dem Arbeiter-Sport-Kartell zu Lübeck anschließen. — Am 5. März, abends 8 Uhr, wird die erste Versammlung bei Friedr. Lender, Hundestr. 41, stattfinden, in der alle Wassersportler herzlich willkommen sind. Alle Arbeiter und Wassersportler müssen es sich zur Ehrenpflicht machen, sich im Arbeiter-Wasser-Sportverband zu organisieren. Neuaufnahmen finden in der Versammlung statt.

Neueste Nachrichten.

Die Besoldungsreform fertiggestellt.

TU. Berlin, 4. März. Die Entwürfe der Beamtenbesoldungsreform für das Reich und für Preußen sind im Reichsfinanzministerium und im preußischen Finanzministerium abgeschlossen worden und werden demnächst den Parlamenten vorgelegt werden. Sie werden allerdings erst nach Ostern zur Beratung in den Parlamenten vorgelegt werden, erhalten aber rückwirkende Kraft zum 1. April ds. Js. Die Erörterungen in den Parlamenten werden immerhin einige Wochen dauern. Die Besoldungsentwürfe stellen ein Kompromiß zwischen der Regierung und den Beamtenvertretungen dar. Dies schließt aber nicht aus, daß viele Wünsche unerledigt geblieben sind und das Parlament die letzten Entscheidungen treffen soll.

Streik in den Berliner Groß-Bäckereien.

TU. Berlin, 4. März. Die gestrige Urabstimmung über einen Streik in den Berliner Groß-Bäckereien hat eine bedeutende Mehrheit für den Streik gegeben. Der Streik ist sofort in Kraft getreten.

Vorläufig keine Kabinettsänderung.

TU. Berlin, 4. März. Zu den Gerüchten über eine Kabinettsumbildung verlautet, daß mit Aenderungen im Kabinett nicht vor Eintritt des letzten Märzdrittels zu rechnen sein werde, und auch dann dürften umfangreiche Aenderungen nicht erfolgen.

Eine Ueberwachungskommission mehr.

TU. Berlin, 4. März. Aus Paris wird gemeldet, daß die Finanzkommission der französischen Kammer eine Unterkommission ernannt habe, die die Ausführung der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages überwachen soll. Außer anderen werden Kloß und Loucheur genannt.

Hilfe für Deutschland durch den Obersten Rat?

TU. Paris, 4. März. „La Presse" veröffentlicht eine Depesche, wonach der Oberste Rat der Alliierten beschlossen haben soll, Deutschland insofern zu Hilfe zu kommen, daß ihm die Aufnahme einer Anleihe gestattet werde, die den Vorzug vor allen Kriegsentschädigungen haben soll, um Deutschland die Mittel zu liefern, seine Industrie wieder aufzubauen. Die englischen Delegierten wie auch die übrigen Kollegen, seien davon überzeugt, daß Europa entweder gemeinsam leben oder gemeinsam sterben müsse. Das sichtbare Ergebnis dieses Beschlusses werde sein, daß eine vollständige Revision des Friedensvertrages stattfinden wird. In diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß diese Maßregel sich nicht gegen Amerika wendet. Es sei aber nicht zu leugnen, daß eine Anzahl Delegierter sich mit dem Gedanken trägt, man müsse Europa von jeder Kontrolle der Amerikaner befreien. Die Redaktion dieses Beschlusses sei vom Obersten Rat der Alliierten beinahe fertiggestellt. Man rechne damit, daß sie Ende dieser Woche bekanntgegeben werde.

Geschäftliches.

Fledermaus-Diele. Seit dem 1. März hat der Kapellmeister Simon de Weille die Leitung des Orchesters übernommen. Eine besondere Zugkraft werden in Zukunft die Nachmittagskonzerte ausüben; jeden Montag finden Opern-, jeden Freitag Operettenkonzerte statt, während Mittwochs „Wunschtag" ist, an welchem je nach Verlangen alle auf dem Repertoire befindlichen Musikstücke zum Vortrag gelangen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Oeffentl. Versteigerung.

Am **Freitag, d. 5. März, vorm. 9 Uhr** sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses versteigert werden:

1 Schlafzimmereinrichtung bestehend aus 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank, Waschtisch und 2 Nachtschränken mit Marmor, Sofa, Tische, Stühle, Korbsessel, 1 Vertiko, Damenschreibtisch, 1 Kommode, Kleider- u. Küchenschränke, Waschtische, Spiegel, 1 Nähmaschine, Wanduhr, 1 Chaiselongue, 1 Zeugmangel, 1 Gasherd, Gaskrone u. Lyra, silb. Löffel, 2 Ringe m. Steinen, Nickelservice, Tischmesser, Gabeln, Betten, Bettbezüge, Bettücher, Handtücher, Tischtücher u. Decken, Damenkleidungsstücke, Teppich, Linoleumteppich, 1 Eßservice, Glas- u. Porzellansachen, Küchengeschirr u. a. m. (2388

Das Gerichtsvollzieheramt.

Wieder eingetroffen:

Charleville.

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.

Von Dr. Wilhelm Appens, Dortmund.

Mk. 1.50.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Durch die rechtzeitige und ausschließliche Anmeldung

der neuen Lebensmittelkartenhefte

während der Zeit **vom 3. bis 8.** März in unseren Warenabgabestellen unterstützen die Mitglieder uns in unseren Dispositionen und

fördern die Organisation der Verbraucher.

Der Vorstand.

2363

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele. Fünfhausen 17/19.

Allabendlich 8–12 Uhr.

Das März-Programm!

Schlager auf Schlager! 2395

Gastspiel des berühmten Opernsängers

Guido Herper,

der phänomenale Heldenbariton.

Zera Zobel, der neue Tanztyp.	**2 Mexitas,** exotischer Tanzsketsch.

Hellas-Trio,

griechische Gladiatoren in höchster Vollendung

Elvira Largeth, humoristisch, Soubrette	**James und Gaby,** mondänes Tanzpaar.
Jainczikks, auf künstlicher Eisbahn	**Georg Neumüller,** bayr. Komiker.

2 Orchester: Dirig. Simon de Weille

Täglich 4-Uhr-Tee: Auftreten der Künstler. Weille-Konzert.

Echt Rostocker Kautabak

Friedensware

große Rolle Mk. 2,—.

Gebr. Ungewitter. (2372

Brennstoff für Feuerzeuge

H. Vick, Zigarrengeschäft, Untertrave 66.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2360

Otto Albers

Markt 4 Kohlm. 10

Mgl. d. R.-Spar. Lübeck

Ia. echter Nordhäuser

Kautabak

dick, mittel, dünn, extradünn je Rolle 2.— Mk. (2409

Dänischer Kautabak

Päkchen 1. 2, 3.30 u. 3.75 M.

Karl Specht, Armimstr. 1a

Endst. d. Strb. L. 1 Roeckstr.

Garant. reiner überseeisch. Rauchtabak, 100 gr. 5.80 M.

Ia. Zigarren 70, 75, 85, 90 u. m.

Zigaretten, Engl. T. u. B. Chesterfield, Job, Ore, Henley a Stck. 45, 50 u. 55 Pfg.

Deutsche, grr. r. Tab. v. 12 Pfg. a.

K. Specht, Armimstr. 1a (2406

Endst. d. Strßb. L. 1 Roeckstr.

Annahme von Schinken, Speck, Wurst, Fleisch usw. um **Salzen u. Räuchern.**

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16

Salzerei u. Räucherei. (2407

Preisausschreiben

zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Siedelungslandes an der Dornbreite in Krempelsdorf,

schreibt die Baubehörde unter den im Freistaat Lübeck und in der Provinz Lübeck ansässigen Architekten einen allgemeinen Wettbewerb aus.

Zur Preisverteilung gelangen 10 000 Mk. und zwar sind vorgesehen:

4 erste Preise von Mk. 600,–
4 zweite „ „ „ 400,–
4 dritte „ „ „ 250,–

Außerdem ist in Aussicht genommen, bemerkenswerte Entwürfe anzukaufen.

Eine andere Verteilung der Gesamtsumme bleibt vorbehalten, jedoch mit der Einschränkung, daß höchstens 12 Preise gebildet werden dürfen.

Das Preisrichteramt haben übernommen die Herren:

1. **Senator Dr. Kalkbrenner, Lübeck,**
2. **Baudirektor Baltzer, Lübeck,**
3. **Professor Mühlenpfordt, Braunschweig,**
4. **Regierungsbaumeister Blohm, Hamburg,**
5. **Lehrer Maschke, Lübeck.**

Die Wettbewerbsunterlagen sind für 6,— Mk. vom Bauamt, hierselbst, Mühlendamm 10, zu beziehen. Die Entwürfe sind bis zum 15. Mai 1920 in geschlossenem Umschlag, mit einem Motto versehen, an das Bauamt Lübeck einzureichen. Die Kosten für die Wettbewerbsunterlagen werden bei Einlieferung eines Entwurfes zurückerstattet.

Lübeck, den 25. Februar 1920. (2362

Die Baubehörde.

Heute letzter Tag.

!! Der sprechende Film !!

! Filmoperette !

Wer nicht in der Jugend küßt

Lustspiel in 5 Akten.

Außerdem:

Die Seemannsbraut

Eine Sage vom See in 4 Akten.

Eine unruhige Nacht

Lustspiel in 3 Akten.

Aufführungszeiten: 4–7 und 7–10 Uhr.

Erhöhte Preise! (2394

Platin, künstliche Gebisse, Brennstifte, Altgold u. Silber, Brillanten 2390

werden gekauft

Goldschm. Tollgreve,

92 Königstr. 92.

Einladung zum

Ball

des Gesang-Vereins

„Liedeslust“

am Freitag, 5. März

im Lokal Zentral-Hallen.

Anf. 7 Uhr. (2406) Ende ?

Eintritt: Damen 1 Mk. Herren 2 Mk.

Billige Emaillewaren!

Ein großer Posten email. Kannen mit Deckel und Untersatz, 5 Ltr. Inhalt. pr. Stck. 3,50, mit Blumendekor . . . pr. Stck. 5,00.

Ca. 2000 Topfdeckel von 14—32 cm. pr. Stck. . . . . 2,50, 1,50, 1,00.

Ein Posten Toilettecimerdeckel, 26, 28 und 30 cm. pr. Stck. . . . . 1,50.

Ein Posten Steckbecken, leicht beschädigt, pr. Stck. 5,00.

Ein großer Posten verschiedener Deckel pr. Stck. . . . . 10—30 Pfg.

Ca. 1000 Teekesseldeckel in verschiedenen Größen pr. Stck. . . . . 30 Pfg.

Emil Colberg

Kottwitzstr. 37. Ecke Bülowstr. (Marli)

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte (2366

Kaufe nur noch Freitag, d. 5. und Sonnabend, d. 6. März, von 10 bis 6 Uhr

alte Gebisse

Kein Zahn wenn echt **unter 18 Mk.**

Bei wertvollerer Verarbeitung bis **300 M.**

in Lübeck, Zentral-Hotel, Zimmer 18, I

Schüsselbuden 12.

2410) **Frl. Meyer.**

Sonnabend, den 6. März eröffne ich in meinem Hause

Kottwitzstraße 2

ein Frucht-, Konfitüren- und Delikatessen-Geschäft.

Täglich ff. frische Torten.

Die geehrten Bewohner von **Marli** bitte ich um gütigen Zuspruch.

2384) Hochachtungsvoll

Heinrich Karsten.

Der große Schlager!

Der große Schlager!

Voranzeige!

„Nachtasyl“

Bilder aus der Tiefe in 1 Vorspiel und 5 Akten nach Motiven (2392 von Maxim Gorki.

In den Hauptrollen:

Dir. Rudolf Meinert u. Maria Foresen.

Stadthallen-Lichtspiele.

Stadttheater Lübeck

(2400

Donnerstag, den 4. März: Veranstaltung im Faustzyklus für Schüler und Volkshochschule.

Anfang 6½ Uhr

Vortrag.

Hierauf:

Der wundertätige Magus.

Ein dramatisches Gedicht von Calderon de la barca.

Freitag, den 5. März: 23. Vorstellung im Freitag-Abonnement:

Ilsebill.

Sonnabend, den 6. März:

Carmen.

Sonntag, den 7. März Anfang 10½ Uhr

Morgenfeier:

Strindberg.

Anfang 2½ Uhr:

1. Volksvorstellung

Der Diamant.

Anfang 7 Uhr:

Das Rheingold.

Hansa-Theater

2371

Donnerstag: Gastspiel **Edgar Pauly**

Das Dreimäderlhaus

Tschöll: Edgar Pauly a. G.

Freitag:

Graf Habenichts.

Sonnabend zum 1. Male:

Das Musikantenmädel.

Operette v. Georg Jarno.

Hallo! Achtung!

Zweigel ist wieder da!

Zahle für

Alte Gebisse bis **10 000 Mk.**

Kein Zahn unter mit echten Langstiften **18 Mk.**

PLATIN

Altgold, Altsilber usw.

(Broschen, Ketten, Ringe, auch Bruch)

zu den denkbar höchsten Preisen.

Zweigel, Lübeck 99

Hüxstr. 99

2412

Nur im Laden

Schürer & Siebert, Architekten,

vorm. W. Schürer.

Atelier für Entwurf und Bauleitung von Wohn- und Geschäftsbauten, Umbauten, landwirtschaftlichen u. Industriegebäuden, Kleinhaussiedlungen.

Innendekorationen, Kunstgewerbe, Friedhofskunst und Gartenarchitekturen in Verbindung mit ersten Spezialisten.

Telephon 8430 Lübeck, Johannisstr. 18

2374

Waisenhof Tanz.

Freitag und Sonntag 2370

Konzerthaus „Flora“

Sonntag, den 7. März:

Gr. Maskenball

2 Musikkapellen.

Anfang 4½ Uhr. Maskenzug 7 Uhr.

NB. Maskenanzüge sind im Konzerthaus „Flora“ zu haben. Kappen für Zuschauer gratis. 2365

Lübecker Junggesellen-Klub.

Freitag, den 5. März:

1. Stiftungsfest und Ball

im Konzerthaus Flora.

Eintritt: Herren 2,— Mk., Damen 1,50 Mk.

Anfang 7 Uhr. Ende ?

Alle Junggesellen und Junggesellen sind hiermit eingeladen. (2404) **Der Vorstand.**

Beilage zu Nr. 54.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 4. März 1920

Die zweite Lesung der lübeckischen Landesverfassung

liegt uns nunmehr als Ergebnis der Verhandlungen der am 14. April 1919 eingesetzten gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgerschaft vor.

Im großen und ganzen können wir sagen, daß die nunmehr fertiggestellte Verfassung, die wahrscheinlich nur noch unwesentliche Aenderungen erfahren wird, alle diejenigen einigermaßen zufrieden stellen wird, die sich mit der Neugestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens abgefunden haben. Angebracht wäre es, daß man auch in Lübeck, ebenso wie in unseren Schwesterstädten Hamburg und Bremen, den Abschnitt betr. die Bürgerschaft als unmittelbaren Träger der Volksgewalt, den ersten Platz in der Verfassung einräumte. Die zweite Lesung brachte noch eine wesentliche Kürzung der Verfassung. Die Zahl der einzelnen Artikel wurde von 78 auf 69 verringert.

Die hauptsächlichsten Aenderungen seien hier noch wiedergegeben: Da ist zunächst der § 3, welcher jetzt besagt, „daß Bürger des lübeckischen Freistaates alle Reichsdeutschen sind, die das Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen."

Die erste Lesung hatte hier noch die Beschränkung vorgesehen, indem sie die lübeckische Staatsangehörigkeit forderte.

Eine weitere wesentliche Aenderung bringt Artikel 5, der über die Zusammensetzung des Senats jetzt folgendes besagt: Der Senat besteht aus 12 Mitgliedern (statt 14 wie die erste Lesung es vorsah).

„Von diesen 12 Mitgliedern des Senats dürfen 7 keine andere berufliche Tätigkeit ausüben, auch kein Nebenamt und keine Nebenbeschäftigung übernehmen, mit denen ein fortlaufendes Einkommen verbunden ist. Dem Vorstande, dem Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft dürfen sie nur mit Genehmigung des Senats angehören. Die Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einem Einkommen verbunden ist. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich." — Dazu sind folgende Uebergangsbestimmungen geschaffen: „Hat der Senat bereits vor Erlaß dieser Verfassung einem Senatsmitgliede eine Nebenbeschäftigung gestattet, so bleibt der Beschluß bis auf etwaigen Widerruf maßgebend. Von den derzeitigen Mitgliedern des Senats gelten die mit zwölfjähriger Amtsdauer gewählten als Senatsmitglieder im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der Verfassung. Bei den übrigen Senatsmitgliedern findet für die beiden zunächst ausscheidenden eine Neuwahl nicht statt."

Aus diesem Artikel ist nunmehr die Wahl der Senatoren auf eine bestimmte Zeit herausgelassen und zwar ist diese Stellungnahme folgerichtig unter strengster Berücksichtigung der Reichsverfassung, die im § 17 besagt, daß die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf. Es gehört eben der Mut eines „ganzen" Demokraten dazu, der imstande ist, hieraus eine Wahl auf Lebenszeit zu machen. Im Gegenteil, die Senatsmitglieder können jederzeit von ihrem Amte entfernt werden. Nach der Fassung der ersten Lesung war dies auch möglich; deshalb erschien es unter solchen Umständen widersinnig, nebenbei noch eine Amtszeit festzulegen, an die die Bürgerschaft doch nicht gebunden war. Auf Grund des § 17 der Reichsverfassung könnte auch eine Wahl auf bestimmte Zeit natürlich nicht die Bedeutung haben, daß die Volksvertretung sich ihres Rückberufungsrechts mit einer solchen Wahl für diesen Zeitraum begeben hätte. Die Abberufung durch Mißtrauensvotum würde auch bei einer Wahl auf Zeit jederzeit möglich bleiben. Wenn auf Grund dieses Beschlusses der „General-Anzeiger" und die Quartierorganisation der Demokraten von St. Lorenz von einer Rückwärtsrevidierung sprechen, so ist hier die Absicht, der Sozialdemokratie eins auszuwischen, zu deutlich, als daß wir uns in unserer Anschauung beirren ließen. Mit vollem Recht sagen denn auch die Hamburger in ihrem Verfassungsentwurf, daß die Unabhängigkeit der Senatsmitglieder bei der Wahl auf unbestimmte Zeit größer sei, als bei der selbst unwiderruflichen Wahl auf einen beschränkten Zeitraum. Denn wenn nach Ablauf dieses Zeitraumes sämtliche Senatsmitglieder sich zur Neuwahl stellen müßten, kämen kleinliche und persönliche Gesichtspunkte, Mißvergnügen und untergeordnete Meinungsverschiedenheiten weit mehr zur Geltung, als dies bei der mit besonderen Garantien umgebenen und hochpolitischen Vertrauensentziehung möglich sei. Also keine Abkehr von unserer früheren Stellungnahme, keine Rückwärtsrevidierung auf seiten der Sozialdemokraten, sondern nur die folgerichtige Anwendung und Auslegung der Reichsverfassung war maßgebend für die Stellung der Sozialdemokraten. Daß die Demokraten heute mit einemmal die Wahl der Senatoren durch Urwahl vornehmen wollen, reizt eigentlich dazu, die Stellungnahme dieser Herren bei früheren Senatswahlen einer Betrachtung zu unterziehen. Doch wir wollen hiervon in Rücksicht auf unseren kostbaren Platz zurzeit absehen. Vielleicht bietet sich hierzu noch später einmal Gelegenheit.

Die auf Grund des freiesten Wahlrechts zusammengesetzte Bürgerschaft, die ohne jeden Zweifel doch dem Volkswillen Ausdruck gibt, muß auch berechtigt sein, aus Gründen, die rein dem Staatswohl entsprechen, die Regierung zu wählen.

Die formlose Mehrheitswahl entspricht dem durch die Reichsverfassung vorgeschriebenen parlamentarischen System. Die Forderung von demokratischer Seite geschieht nur aus ganz besonderen Gründen, auf die näher einzugehen nicht in den Rahmen dieser kurzen Ausführungen paßt. Maßgebend für die Bildung des Senates werden stets die Vereinbarungen der Parteien sein, aus denen die Regierung hervorgeht.

Der Artikel 15, der die Vertrauensentziehung eines Senatsmitgliedes behandelt, enthält naturgemäß verschiedene Bestimmungen, die geschaffen werden mußten, um es nicht in die Hand einer Zufallsmehrheit zu legen, nun jeweilig den Senat oder einzelne seiner Mitglieder zu beseitigen. Ein solcher Antrag bedarf 30 Unterschriften von Mitgliedern der Bürgerschaft und muß zwei Drittel der Bürgerschaftsmitglieder bei der Abstimmung auf sich vereinigen.

Diese schärfere Fassung mußte genommen werden, auch wenn Art. 54 der Reichsverfassung sie nicht vorsieht. Sie liegt im Interesse unseres Staates, in dem die Senatoren einen großen Teil der Verwaltungsarbeit mit erledigen und infolgedessen bei einer Vertrauensentziehung gegenüber einer oder mehrerer Senatoren die Geschäfte des Staates zu leiden hätten.

Der Abschnitt von der Bürgerschaft ist durch folgende Uebergangsbestimmung ergänzt:

„Die am 9. Februar 1919 gewählten Mitglieder scheiden am 1. Montag im Dezember 1921 aus der Bürgerschaft aus."

Eine Neuwahl der Bürgerschaft wird also im November des nächsten Jahres vorgenommen.

Die Sitzungen des Bürgerausschusses sind in Zukunft ebenfalls öffentlich mit Ausnahme derjenigen Vorlagen, über die eine gutachtliche Aeußerung abgegeben werden soll, oder wenn der Senat oder der Bürgerausschuß es verlangt.

Dieses sind im wesentlichen die noch aus der zweiten Lesung hervorgegangenen Aenderungen.

Alles in allem können wir Lübecker uns mit unserer nunmehr vorliegenden Verfassung sehen lassen. Wenn nicht restlos alle unsere Wünsche erfüllt sind, so ist zu bedenken, daß die vorliegende Arbeit eine Kompromißarbeit ist und als solche naturgemäß auch die Nachteile einer solchen in sich birgt. Möge nun jeder Angehörige unseres Staates sich mit der Verfassung vertraut machen. Sie ist die Grundlage unseres Staatswesens, die jeder kennen muß.

A. D.

Aus dem Parteileben.

Totenliste der Partei. In Waldenburg (Schl.) ist am Donnerstag Genosse Franz Tholl, Mitglied der preußischen Landesversammlung, nach längerem Leiden gestorben. Bereits als ein Siebzehnjähriger stand er in den vorderen Reihen der kämpfenden Bergarbeiter und lenkte durch seine eifrige selbstlose Tätigkeit für die Interessen seiner Klassengenossen bald die Aufmerksamkeit und damit den Haß der damaligen Grubengewaltigen auf sich. Berufliche Maßregelungen und Freiheitsstrafen blieben ihm nicht erspart. Seit 1907 war er als Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in Waldenburg tätig. Als nach der Revolution das Dreiklassenparlament fiel, wurde er als der weitaus geeignetste Vertreter der niederschlesischen Bergarbeiterschaft in die preußische Landesversammlung gewählt. Nicht nur für seine Berufsorganisation, sondern auch für die sozialdemokratische Partei war Franz Tholl hervorragend tätig. Unbeachtet aller Verirrungen der Arbeiterschaft hat er seiner Partei die Treue gehalten.

Arbeiterbewegung.

Ergebnislose Verhandlungen im Buchdruckgewerbe. Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker tagte seit dem 27. Februar in Berlin, um über die Forderung der Gehilfenschaft auf weitere Teuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen verliefen nach fünftägiger Dauer ergebnislos. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen anriefen, wurde als unerfüllbar abgelehnt.

Tarifvertrag für die Angestellten bei Behörden des Reiches und der Länder. Die Verhandlungen für dieses große Tarifwerk, auf deren Abschluß die Angestellten in allen Teilen des Reiches warten, finden jetzt fortlaufend an drei bis vier Tagen jeder Woche im Reichsarbeitsministerium in Berlin statt. Die „erste Lesung" des von den der Arbeitsgemeinschaft für Angestelltenverbände angeschlossenen Organisationen vorgelegten Entwurfs dürfte dieser Tage zum Abschluß kommen. Die Gehaltsfragen mußten mit Rücksicht darauf, daß sie in enger Beziehung zu der Beamtenbesoldungsreform stehen, bisher noch zurückgestellt werden. Die Regierung fordert u. a. Ausdehnung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden täglich. Die Interessen der Angestellten werden namentlich von den Vertretern des Zentralverbandes der Angestellten mit Nachdruck wahrgenommen. Wenn der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Zeitungsnachrichten behauptet, er sei es, der fortgesetzt auf Beschleunigung der Verhandlungen dränge, so sei dem entgegengehalten, daß die Vertreter dieses Verbandes sich in den Sitzungen zumeist in Schweigen hüllen und anscheinend glauben, durch ihre bloße Anwesenheit schon genug für ihre Mitglieder zu tun.

Soziales.

Die Indexziffern für Januar 1920.

ChWK. Dr. Elsaß, der seit April 1919 in zweimonatlichen Abständen den Stand der Kosten der Lebenshaltung für eine vierköpfige Familie in Frankfurt a. Main regelmäßig ermittelt, stellt die Indexziffern vom 1. Januar 1920 in dem soeben erschienenen Heft 3 folgendermaßen fest:

	Indexziffern 1. April 19	Indexziffern 1. Nov. 19	Indexziffern 1. Jan. 20	Erhöhung innerhalb 2 Monate
Lebensmittel	60	73,99	112,14	51,57 %
Kleidung	17	21,04	23,00	12,18 %
Wohnung	8	8,80	8,80	—
Heizung und Beleuchtung	5	9,50	11,82	24,40 %
Verschiedenes	10	11,55	13,06	20 %
Summa	100	125,—	170,—	

Neu an dieser Statistik ist, daß Elsaß diesmal zum Vergleich auch andere Städte herangezogen hat. Danach stellt sich die entsprechende Indexziffer für Berlin auf 174, Bochum 154, Breslau 152, Köln 176, Dortmund 173, Dresden 154, Halle 135, Hamburg 160, Iserlohn 127, Leipzig 181, Mainz 188, München 152, Nürnberg 140, Solingen 181, Stuttgart 144.

Diese Indexziffern von Elsaß sind für den Praktiker brauchbarer als die Calwerschen Ziffern, welche nur Lebensmittelpreise umfassen. Wie Calwer, so legt auch Dr. Elsaß den Verbrauch einer vierköpfigen Familie als Einheit zu Grunde. Diese Einheit ist jedoch kein fester Begriff, denn sie schwankt je nachdem, ob es sich um eine Familie von Beamten, Handwerkern, Industriearbeitern, Bureauangestellten oder landwirtschaftlichen Arbeitern handelt. Den tatsächlichen Verhältnissen weit mehr entspricht ein Versuch, den neuerdings der Stadtrat Dr. Kading in Flensburg an dem dortigen Lohn- und Arbeitsamt für industrielle Arbeiter gemacht hat, in dem er die wirklich gezahlten Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel des Tageskonsums zu Grunde legt, und so den „Normalbedarf" einer einzelnen Person zum Ausgang seiner Berechnungen für die Anpassung der Lohnsätze an die Lebensmittelpreise macht.

Reich und Ausland.

Festnahme eines Valutaschiebers. Mit 350 000 Mark abgefaßt wurde Dienstag abend am Schlesischen Bahnhof in Berlin ein gewerbsmäßiger Geldwechsler und Valutaschieber. Der Mann fiel den Beamten des Ueberwachungsdienstes auf, als er ganz ohne Gepäck den Zug nach Duisburg besteigen wollte. Bei einer körperlichen Durchsuchung wurden in eingenähten Täschchen zwischen Ober- und Unterhose für fast 350 000 Mark rotgestempelte Hundertmarkscheine gefunden.

Ein Pulvermagazin explodiert. Bei einem versuchten Einbruch in das Pulvermagazin in Burg bei Magdeburg entstand eine Explosion, durch die das Pulvermagazin vollständig vernichtet wurde. Einer der Diebe fand seinen Tod dabei, ein anderer wurde schwer verletzt. Von den übrigen fehlt jede Spur.

Der „unabhängige" Paletotmarder. Aus Pillkallen (Ostpreußen) wird der „Mohrunger Kreiszeitung" berichtet: „Der hiesige Kreistagsabgeordnete Dobschat (Unabhängiger) wurde als Paletotmarder verhaftet. Er hat den Diebstahl eingestanden."

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

9. Fortsetzung.

Meine Hand fuhr unversehens nach der Brust, wo ich das Täschlein mit dem Brief verwahret hatte; denn die trunkenen Augen des Junkers Wulf lagen auf mir; und war mir's nicht anders, als sähe er damit mein ganz Geheimnis offen vor sich liegen. Es währete auch nicht lange, so flogen die Karten klatschend auf den Tisch. „Oho!" schrie er. „Im Stift, bei meiner Base! Du treibst wohl gar doppelt Handwerk, Bursch! Wer hat dich auf den Botengang geschickt?"

„Ihr nicht, Junker Wulf," entgegnet' ich, „und das muß Euch genug sein!" — Ich wollt nach meinem Degen greifen; aber er war nicht da; fiel mir auch bei nun, daß ich ihn an den Sattelknopf gehänget, da ich vorhin den Gaul zu Stalle brachte.

Und schon schrie der Junker wieder zu seinem jüngeren Kumpan: „Reiß ihm das Wams auf, Kurt! Es gilt den blanken Haufen hier, du findest eine saubere Briefschaft, die du ungern möchtest bestellet sehen!"

Im selbigen Augenblick fühlte ich auch schon die Hände des von der Risch an meinem Leibe, und ein wütend Ringen zwischen uns begann. Ich fühlte wohl, daß ich so leicht, wie in der Bubenzeit, ihm nicht mehr über würde; da aber fügte es sich zu meinem Glücke, daß ich ihm beide Handgelenke packte, und er also wie gefesselt vor mir stund. Es hatte keiner von uns ein Wort dabei verlauten lassen; als wir uns aber itzund in die Augen sahen, da wußte jeder wohl, daß er's mit seinem Todfeind vor sich habe.

Solches schien auch der Junker Wulf zu meinen; er strebte von seinem Stuhl empor, als wolle er dem von der Risch zu Hilfe kommen; mochte aber zu viel des Weins genossen haben, denn er taumelte auf seinen Platz zurück. Da schrie er, so laut seine lallende Zung' es noch vermochte: „He, Tartar, Türk! Wo steckt ihr! Tartar, Türk!" Und ich wußte nun, daß die zwo grimmen Köter, so ich vorhin auf der Tenne an dem Ausschank hatte lungern sehen, mir an die nackte Kehle springen sollten. Schon hörete ich sie durch das Getümmel der Tanzenden daher schnaufen, da riß ich mit einem Ruck jählings meinen Feind zu Boden, sprang dann durch eine Seitentür aus dem Zimmer, die ich schmetternd hinter mir zuwarf, und gewann also das Freie.

Und um mich her war plötzlich wieder die stille Nacht und Mond- und Sternenschimmer. In den Stall zu meinem Gaul wagt' ich nicht erst zu gehen, sondern sprang flugs über einen Wall und lief über das Feld dem Walde zu. Da ich ihn bald erreichet, suchte ich die Richtung nach dem Herrenhofe einzuhalten; denn es zieht sich die Holzung bis hart zur Gartenmauer. Zwar war die Helle der Himmelsleiter hier durch das Laub der Bäume ausgeschlossen, aber meine Augen wurden der Dunkelheit gar bald gewohnt. Und da ich das Täschlein sicher unter meinem Wamse fühlte, so tappte ich rüstig vorwärts; denn ich gedachte den Rest der Nacht noch einmal in meiner Kammer auszuruhen, dann aber mit dem alten Dieterich zu beraten, was allfort geschehen solle; maßen ich wohl sahe, daß meines Bleibens hier nicht fürder sei.

Bisweilen stund ich auch und horchte; aber ich mochte bei meinem Abgang wohl die Tür ins Schloß geworfen und so einen guten Vorsprung mir gewonnen haben; von den Hunden war kein Laut vernehmbar. Wohl aber, da ich eben aus dem Schatten auf eine vom Mond erhellete Lichtung trat, hörete ich nicht gar fern die Nachtigallen schlagen; und von wo ich ihren Schall hörte, dahin richtete ich meine Schritte; denn mir war wohl bewußt, sie hatten hier herum nur in den Hecken des Herrengartens ihre Nester; erkannte nun auch, wo ich mich befand, und daß ich bis zum Hofe nicht gar weit mehr hatte.

Ging also dem lieblichen Schallen nach, das immer heller vor mir aus dem Dunkel drang. Da plötzlich schlug was anderes an mein Ohr, das jählings näher kam und mir das Blut erstarren machte. Nicht zweifeln konnt' ich mehr, die Hunde brachen durch das Unterholz; sie hielten fest auf meiner Spur, und schon hörte ich deutlich hinter mir ihr Schnaufen und ihre gewaltigen Sätze in dem dürren Laub des Waldbodens. Aber Gott gab mir seinen gnädigen Schutz; aus dem Schatten der Bäume stürzte ich gegen die Gartenmauer und an eines Fliederbaums Geäst schwang ich mich hinüber. — Da sangen hier im Garten immer noch die Nachtigallen; die Buchenhecken warfen tiefe Schatten. In solcher Mondnacht war ich einst vor meiner Ausfahrt in die Welt mit Herrn Gerhardus hier gewandelt. „Sieh dir's noch einmal an, Johannes!" hatte dermalen er gesprochen. „Es könnt' geschehen, daß du bei deiner Heimkehr mich nicht daheim mehr fändest, und daß alsdann ein Willkomm nicht für dich am Tor geschrieben stünde; ich aber möcht' nicht, daß du diese Stätte hier vergäßest."

Das flog mir itzung durch den Sinn, und ich mußte bitter lachen; denn nun war ich hier als ein gehetzet Wild; und schon hörete ich die Hunde des Junkers Wulf gar grimmig draußen an der Gartenmauer rennen. Selbige aber war, wie ich noch tags zuvor gesehen, nicht überall so hoch, daß nicht das wütige Getier hinüber konnte; und rings im Garten war kein Baum, nichts als die dichten Hecken und drüben gegen das Haus die Blumenbeete des seligen Herrn. Da, als eben das Bellen der Hunde wie ein Triumphgeheule innerhalb der Gartenmauer scholl, ersahe ich in meiner Not den alten Efeubaum, der sich mit starkem Stamme an dem Turm hinaufreckt; und da dann die Hunde aus den Hecken auf den mondhellen Platz hinausraseten, war ich schon hoch genug, daß sie mit ihrem Anspringen mich nicht mehr erreichen konnten; nur meinen Mantel, so von der Schulter geglitten, hatten sie mit ihren Zähnen mir herabgerissen.

Ich aber, also angeklammert und fürchtend, es werde das nach oben schwächere Geäste mich auf die Dauer nicht ertragen, blickte suchend um mich, ob ich nicht irgend bessern Halt gewinnen möchte; aber es war nichts zu sehen als die dunklen Efeublätter um mich her. — Da, in solcher Not, hörete ich oben mir ein Fenster öffnen, und eine Stimme scholl zu mir herab — möcht' ich sie wieder hören, wenn du, mein Gott, mich bald nun rufen läßt aus diesem Erdental! — „Johannes!" rief sie; leis doch deutlich hörete ich meinen Namen, und ich kletterte höher an dem immer schwächeren Gezweige, indes die schlafenden Vögel um mich auffuhren, und die Hunde von unten ein Geheul heraufstießen. — „Katharina! Bist du es wirklich, Katharina?"

Aber schon kam ein zitternd Händlein zu mir herab und zog mich gegen das offene Fenster; und ich sah in ihre Augen, die voll Entsetzen in die Tiefe starrten.

„Komm!" sagte sie. „Sie werden dich zerreißen." Da schwang ich mich in ihre Kammer. Doch als ich drinnen war, ließ mich das Händlein los, und Katharina sank auf einen Sessel, so am Fenster stund, und hatte ihre Augen dicht geschlossen. Die dicken Flechten ihres Haares lagen über dem weißen Nachtgewand bis in den Schoß hinab; der Mond, der draußen die Gartenhecken überstiegen hatte, schien voll herein und zeigete mir alles. Ich stund wie festgezaubert vor ihr; so lieblich fremde und doch so ganz mein eigen schien sie mir; nur meine Augen tranken sich satt an all der Schönheit. Erst als ein Seufzer ihre Brust erhob, sprach ich zu ihr: „Katharina, liebe Katharina, träumet Ihr denn?"

Da flog ein schmerzlich Lächeln übe rihr Gesicht: „Ich glaub' wohl fast, Johannes! Das Leben ist so hart; der Traum ist süß!"

Als aber von unten aus dem Garten das Geheul aufs neue heraufkam, fuhr sie erschreckt empor. „Die Hunde, Johannes!" rief sie. „Was ist das mit den Hunden?"

„Katharina," sagte ich, „wenn ich Euch dienen soll, so glaub' ich, es muß bald geschehen; denn es fehlt viel, daß ich noch einmal durch die Tür in dieses Haus gelangen sollte." Dabei hatte ich den Brief aus meinem Täschlein hervorgezogen und erzählete auch, wie ich im Krug drunten mit den Junkern sei in Streit geraten.

Sie hielt das Schreiben in den hellen Mondenschein und las; dann schaute sie mich voll und schmerzlich an, und wir beredeten, wie wir uns morgen in dem Tannenwalde treffen wollten; denn Katharina sollte noch zuvor erkunden, auf welchen Tag des Junkers Wulfen Abreise zum Kieler Johannismarkte festgesetzet sei.

(Fortsetzung folgt.)

Verhaftung eines mehrfachen Lustmörders. In Bayreuth wurde unter dem Verdacht, ein 14jähriges Mädchen ermordet zu haben, der Dienstknecht Schnup verhaftet. Er gestand ein, daß er im April 1915 eine Frau vergewaltigt und eine andere ermordet habe. Weiter wird Schnup wegen eines Lustmordes bei Darmstadt gesucht, und schließlich ist er beschuldigt, Neujahr 1920 ein 10jähriges Mädchen mißbraucht und erdrosselt zu haben.

Untergang eines früheren Hamburger Dampfers. Der frühere deutsche Dampfer „Prinz Joachim", der jetzt „Moccasin" heißt, ist am Hafenkai in Newyork gesunken. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Ursache des Unterganges des früheren deutschen Schiffes, das ohne Ladung ganz plötzlich und schnell sank, soll nach holländischen Blättern gewesen sein, daß auf geheimnisvolle Weise alle Ventile des Schiffes geöffnet worden waren.

Der jüngste deutsche Erfinder. Der jüngste deutsche, ja vielleicht der jüngste Erfinder überhaupt, wird wohl der kaum siebzehnjährige Heini Fricke in der thüringischen Spielwarenstadt Sonneberg sein. Gegenwärtig unterhandelt er mit dem zuständigen Reichsministerium über den Ankauf des Patents eines von ihm erfundenen „federnden Stiefelabsatzes für das Heer", und auf der neuen Leipziger Frühjahrsmesse ist ein neues Holzspielzeug Frickes zu sehen, eine Puppe, die hüpft, Purzelbäume schlägt und dabei Laute von sich gibt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo bleiben die Entlassungsanzüge?

Es ist meines Erachtens an der Zeit, wieder einmal an unsere Entlassungsszüge zu erinnern. Voriges Jahr im Mai wurden die Nummern für die Entlassungsanzüge ausgegeben. Im Dezember bequemte man sich endlich einmal dazu, einige hundert Anzüge an kriegsbeschädigte Kameraden auszugeben. Leider gelangten Schuhe und Mäntel noch nicht zur Ausgabe. Die Mäntel waren in einer derartigen Verfassung, daß sie von unseren Kameraden entrüstet zurückgewiesen wurden. „Ihr bekommt nur zwei Fünftel Tragwert", wurde unseren Kameraden erwidert. Ob unsere Leistungen im Felde wohl auch nur zwei Fünftel bewertet werden? Die übrigen Kameraden, die noch nichts erhielten, wurden auf später vertröstet. Wir hoffen und erwarten, daß uns unser Recht bald wird. Darum nochmals: Heraus mit den vollständigen Entlassungsanzügen!

Adolf Fischer, Kücknitz.

Oedländereien.

Es mutet eigenartig an, daß sogar in allernächster Nähe der Stadt noch Oedland unbebaut und brach daliegt, während die Not und der Landhunger offensichtlich sind. Da ist z. B. der ehemalige Uebungsplatz bei der Strafanstalt. Im vorigen Sommer tummelten sich Ziegen, Schafe, Pferde usw. darauf herum. Der spielenden Jugend galt er als Ideal. Niemand kümmerte sich darum. Soll es wieder so kommen, während Hunderte kleine Leute, Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende nicht wissen, wo sie kulturfähiges Land in nächster Nähe hernehmen sollen? Alles wird mit Wohnungen bebaut bezw. ist abgesteckt. Sollte da nicht unsere maßgebende Behörde bei der Reichswehrverwaltung ernstlich vorstellig werden können, um diesem Zustande ein Ende zu machen? Es ist fast strafbar zu nennen, einen so großen Platz dem Anbau zu entziehen, während alles nach Land hungert und niemand weiß, wie hohe Preise zum nächsten Winter für Gemüse und Kartoffeln kommen können. Alles greift zur Selbsthilfe und wird sein eigener Erzeuger. Wir können es uns im zukünftigen Deutschland nicht gestatten, Uebungsplätze, die nicht mehr gebraucht werden, einfach als Oedland brach liegen zu lassen. Jeder Streifen muß benutzt werden, um aus diesem Elend heraus zu kommen. Kann man in höheren Kreisen der Verwaltung immer noch nicht erkennen, wie tief das Elend ist, in dem das arbeitende Volk steckt? Eile tut allerdings dringend not. Die Zeit drängt. Das Land muß bald umgegraben werden. Hoffentlich läßt die maßgebende Behörde mit ihrer Antwort nicht allzu lange auf sich warten.

Ein Landhungriger.

Lübeck, den 1. März 1920.

Bekanntmachung.

Für die nachstehend aufgeführten Gräber auf dem allgemeinen Gottesacker und auf dem St.-Lorenz-Kirchhof ist die gesetzliche Ruhezeit abgelaufen. Auf Grund des § 14 der Friedhofs- und Bestattungsordnung vom 30. Juni 1915 werden die Angehörigen der in diesen Gräbern Ruhenden aufgefordert, die auf den Gräbern befindlichen Denkmäler bis zum 31. März d. J. zurückzunehmen, widrigenfalls sie bei anderweitiger Verfügung über die Grabstellen durch die Behörde werden eingezogen werden.

Die Friedhofsbehörde.

Allgemeiner Gottesacker.

St. Marien-Kirchhof.

Lit. B	Nr. 4	Abt. I	Kaben Eheleute, D. H. Ch. und M. C. E. geb. Moll.
„ B	„ 6	„ I	Lau Eheleute, J. H. und S. W. J. geb. Möller.
„ E	„ 46	„ II	Tellien Eheleute, Ch. F. F. und J. D. E. geb. Jenzen.
„ G	„ 36	„ II	Meeths Eheleute, H. H. und A. M. L. geb. Gläser.
„ O	„ 7	„ I	Fischer Eheleute, C. F. und E. E. Ch. geb. Sägenfeldt.
„ P	„ 6	„ II	Niebuhr Eheleute, J. H. F. und C. J. geb. Deylien.
„ Q	„ 10	„ II	Arps geb. Martens, C. D.
„ Q	„ 41	„ I	Hennings Eheleute, J. F. H. und A. D. Ch. geb. Peters.
„ Q	„ 43	„ I	Schmidt Eheleute, Ch. G. C. und M. L. A. geb. Beyer.
„ R	„ 14	„ I	Schönrock, D. C. M.
„ S	„ 18	„ II	Bagt geb. Müller, M. A
„ S	„ 40	„ II	Böckel Eheleute, J. F. G. und J. D. M. geb. Mandischer.
„ T	„ 40	„ I	Ohrt geb. Freitag, C. M.
„ W	„ 9	„ II	Seiler geb. Stegmann, E. und Tochter E. M. M. Seiler.
„ X	„ 7	„ II	Seeger, D. W. und E.
„ X	„ 35	„ II	Dibbern Eheleute, D. J. Ch. und A. A. Ch. geb. Gemeinhardt.
„ B	„ 1	„ II	Hertel, J. Th.
„ C	„ 1	„ I	Derbe, J. Ch. F. G.
„ G	„ 29	„ I	Zander Eheleute, J. H. Ch. und M. Ch. geb. Mecklenburg.
„ M	„ 13	„ II	Menbohm, C. F. M.
„ N	„ 16	„ II	Leist Eheleute, C. W. F. und M. C. geb. Hüttel.
„ V	„ 34	„ I	Buseksit geb. Gesel, C. W. M.
„ W	„ 30	„ I	Jürgensen, A. Ch. J. C.
„ W	„ 35	„ II	Reimboth Eheleute, H. C. C und A. M. E. geb. Klein.
„ W	„ 36	„ I	Boge Eheleute, J. Ch. D. und M. L. F. geb. Schultz.
„ W	„ 43	„ I	Harder Eheleute, G. L. G. und A. C. H. geb. Isenberg.
„ Y	„ 20	„ II	Sherwood Eheleute, S. A. und S. A. M. geb. King.

St. Aegidien-Kirchhof.

Lit. G	Nr. 34	Abt. II	von Buchwald geb. Pohlmann, E.
„ J	„ 27	„ II	Wiegers, J. F. M.
„ K	„ 7	„ II	Adami, J. H.
„ K	„ 8	„ II	Runge, F. J. H.
„ K	„ 9	„ I	Bimpage, geb. Benckendorff, M.
„ L	„ 9	„ I	Kopens geb. Wittig, S. E.
„ N	„ 7	„ II	Grubert Eheleute, A. W. und S. C. H. geb. Bülck.
„ O	„ 8	„ II	Schlosser Eheleute, M. C. A. und A. D. F. geb. Bähr.
„ R	„ 9	„ II	Oldenburg Eheleute, J. W. F. und M. J. C. geb. Holtz.
„ S	„ 17	„ I	Brehmer, J. H. A.
„ S	„ 30	„ I	Hillers Eheleute, J. P. C. und A. M. H. geb. Freiberg.
„ U	„ 56	„ I	Riegmann geb. Kohlhaase, A. C. M.
„ U	„ 36	„ II	Knoop geb. Gandes, L. A. C.
„ V	„ 4	„ I	Kittner Eheleute, H. W. Ch. und E. A. Ch. geb. Lanckau.
„ X	„ 17	„ II	Niemann Eheleute, J. C. F. und E. M. M. geb. Fahlberg.
„ X	„ 26	„ II	Grell, D. M. M.

St. Jakobi-Kirchhof.

Lit. A	Nr. 15	Abt. I	Schwabroh, G. J. A.
„ A	„ 15	„ II	Collenburg, J. W.
„ A	„ 18	„ II	Schlötel, J. F. W.
„ O	„ 44	„ I	Kaven Eheleute, M. D. und M. M. S. geb. Martens.
„ R	„ 36	„ II	Godendorff Eheleute, H. W. Ch. und A. M. H. geb. Nagel.
„ R	„ 37	„ II	Havemann geb. Kühn, Ch. C. und Tochter M. M. D. Havemann.
„ S	„ 13	„ II	Benitt, C. S. Ch.
„ V	„ 4	„ II	Tatoni, C. A.
„ V	„ 11	„ II	Neustadt geb. Stoop, A. C. und Boy geb. Söhren, A. C. E.
„ Aa	„ 4	„ II	Tesch, C. S. M.
„ Aa	„ 5	„ II	Meyer geb. Sommer gen. Gielfeldt, M. M. W.
„ Aa	„ 5	„ II	Linde, H. A. D.
„ Aa	„ 7	„ I	Valentiner, Ch. A.
„ c	„ 30	„ I	Witt, G. A. A.
„ d	„ 34	„ I	Conrad geb. Siemßen, J. M. C.

St. Petri-Kirchhof.

Lit. A	Nr. 12	Abt. II	Klooß, S. M. M.
„ A	„ 27	„ I	Jenß, H. J. H.
„ C	„ 32	„ II	Wiedemann Eheleute, A. G. F. und M. E. geb. Howoldt.
„ C	„ 35	„ I	Böttger, L. S. E.
„ H	„ 3	„ II	Nebermann Eheleute, J. J. und M. M.-geb. Penschau.

St. Lorenz-Kirchhof.

Block	West	Nr. 49	Stockmann, H. J. P.
„	„	„ 67	Thomßen, Ch. L. W. F.
„	„	„ 87	Edler, M. C. M.
„	„	„ 3	Jenßen, E. C. D.
„	XI	„ 63	Spethmann Eheleute, J. J. H. und M. geb. Hagemann.
„	„	„ 118	Acker, A. C.
„	„	„ 120	Engels, H. F. W.
„	„	„ 123	Ahlborn, H.
„	„	„ 124	Korn, H. A.
„	„	„ 126	Beuthien geb. Wulff, C. M. A.
„	„	„ 127	Sellin, W.
„	„	„ 128	Böcken geb. Engelbrecht, S. F. W.
„	„	„ 130	Fennert, H. C. B.
„	„	„ 131	Schuldt geb. Tenor, J. J. D.
„	„	„ 132	Flügge, H. A. J.
„	„	„ 133	Utermark, J. H. Th. (2367

Ausgabe von Brennstoffkarten.

(Siehe Verordnung über die Brennstoffversorgung der Kleingewerbe, Landwirtschaft und Haushalte vom 11. April 1918 Gesetz- und Verordnungsblatt.)

I.

Die Brennstoffkarten H, J, K, L, M für die Bewohner der Stadtgemeindebezirke kommen in der nächsten Woche zur Ausgabe.

1. In der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen in der Börse (Eingang Markt) werden die Karten ausgegeben in den Stunden von 8—3 Uhr.
   a) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben **A bis F**
      am Montag, dem 8. März 1920,
   b) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben **G bis L**
      am Dienstag, dem 9. März 1920,
   c) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben **M bis Z**
      am Mittwoch, dem 10. März 1920,
   d) für die Vorstadt St. Gertrud sowie Israelsdorf, Gothmund und Brandenbaum
      am Donnerstag, dem 11. März 1920,
   e) für die Vorstadt St. Jürgen
      am Freitag, dem 12. März 1920,
   f) für die Vorstadt St. Lorenz Nord, sowie Kremperdorf und Vorwerk
      am Sonnabend, dem 13. März 1920,
   g) für die Vorstadt St. Lorenz Süd
      am Montag, dem 15. März 1920.
2. In Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde werden an denselben Tagen und zu denselben Stunden die Karten für Travemünde und Gneversdorf ausgegeben.
3. Bei den Polizeibezirken
   a) Dänischburg,
   b) Schlutup,
   c) Kücknitz,
   d) Moisling-Genin

werden die Karten während der üblichen Geschäftsstunden jeweils für den Dienstbezirk ausgegeben
am Freitag, dem 12. März und
Sonnabend, dem 13. März 1920.

II.

Der Lebensmittelausweis des Haushaltungsvorstandes ist mitzubringen. Auf die Karte H haben nur Anspruch diejenigen Haushaltungen mit Kochgas, die **bei Beginn der Winterheizperiode** 5 Ztr. Brennstoff und darunter und diejenigen Haushaltungen ohne Kochgas, die **bei Beginn der Winterheizperiode** 12 Ztr. Brennstoff (Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts, Preßsteine, Braunkohlenbriketts und Koks) und darunter im Besitz hatten.

Nicht rechtzeitige Meldung hat die Versagung der Brennstoffkarte zur Folge. Wird nachgewiesen, daß die Versäumung nicht auf Verschulden beruht, so kann die Karte von der Ortskohlenstelle nachträglich gegen eine Gebühr von 1.— Mk. erteilt werden.

Ueber den Zeitpunkt der Verwendbarkeit der Karten ergehen besondere Bekanntmachungen.

Lübeck, den 3. März 1920. (2368

Das Landesversorgungsamt.

Brennstoffkarte H.

Die Brennstoffkarte G verliert ihre Gültigkeit mit dem 15. März 1920.

Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verbrauchsgenossenschaften und sonstige Bezugseinrichtungen haben die ihnen nach dem genannten Tage noch vorgelegten Brennstoffkarten G anzuhalten und der Ortskohlenstelle einzureichen.

Die Brennstoffkarte H wird verwendbar, sobald die Haushaltungen die Brennstoffkarte zugeteilt erhalten haben. (Siehe heutige Bekanntmachung über Ausgabe von Brennstoffkarten.)

Auf die Karte H haben nur Anspruch diejenigen Haushaltungen mit Kochgas, die **bei Beginn der Winterheizperiode** 5 Zentner Brennstoff und darunter, und diejenigen Haushaltungen ohne Kochgas, die **bei Beginn der Winterheizperiode** 12 Zentner Brennstoff (Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts, Preßsteine, Braunkohlenbriketts und Koks) und darunter im Besitz hatten.

Lübeck, den 3. März 1920. (2369

Das Landesversorgungsamt.

Urteil.

In der Strafsache gegen den Schlachtermeister **Heinrich Friedrich Karl Kossel**, geboren am 23. Juni 1881 zu Lübeck, wohnhaft daselbst, Brockesstraße 4,

wegen Schleichhandels,

hat das Schöffengericht der freien und Hansestadt Lübeck in der Sitzung vom 14. Oktober 1919 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Schleichhandels zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und einer Geldstrafe von 5000 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfall für je 15 Mark ein Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der erkennende Teil des Urteils ist durch Veröffentlichung in den „Lübeckischen Anzeigen", dem „Generalanzeiger", der „Eisenbahnzeitung" und dem „Volksboten" auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen, ferner wird die Einziehung des beschlagnahmten Fleisches angeordnet. (2373

Die Richtigkeit dieser Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.

Lübeck, 25. Februar 1920.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abteilung 5.

J. A.
Köster, Just.-Anw.

Meine liebe herzensgute Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter (2405
Elisabeth Pusback, geb. Bühe
ist Dienstag abend 6½ Uhr, im 74. Lebensjahre sanft eingeschlafen.
Joh. Pusback,
Lübeck, Petersstr. 2c.
Beerdigung in Hamburg-Ohlsdorf.

Am 3. März, abends 9 Uhr, entschlief sanft nach langem, mit unendlicher Geduld getragenem, schwerem Leiden meine liebe Frau, meiner beiden Kinder fürsorglich gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Erna Knapp
geb. Thomsen
im blühenden Alter von 33 Jahren.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen (2418
Emil Knapp
nebst Kindern.
Seerhofsinsel bei Schwartau.

Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher.

Am 2. d. Mts. starb unser langjähriges Mitglied 2411
Eduard Teuteberg.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Gesucht ein
ordentliches Mädchen,
welches Ostern die Schule verläßt. (2414
Frau B. Wiencke,
Schwartau, Lübecker Str. 4.

Gesucht **Feinzeug-Plätterin und Hausbursche.**
Lohn nach Tarif.
2403) **F. Jodeit,** Peterstr. 2b.

2-Zimmer-Wohn. m. Gas geg. 2-Zimm.-Wohn. z. vert., w. auch o. Gas. Ang. unt. T 49 a. d. Exp. (2376

Maurer u. Zimmerer
werden für Umbau Kurhaus Niendorf (Ostsee) eingestellt.
Zu melden beim Bauführer **Hochfeld**, dort. (2393
W. Torkuhl,
Baugeschäft, Lübeck.

Zu verk. e. Herren-Jackett, fast neu, f. kl. Figur, e. P. Damenstiefel, Gr. 37, ungarnierte Sommerhüte.
2399) Weiter Lohberg 8, pt.

Sämtl. Bücher d. Knaben-Mittelschulkl. 4 m. Mütze u Mädchenhut (12—13 J.) zu verk. Marlistr. 45. (2413

Angler-Sämereien z. verkaufen. **Fr. Thomsen,**
2377) Vorbeckstraße.

Anzug, st. Fig., hellseid. Kleid, mittl. Fig., Grammophon m. Pl. zu vert. (2396
Kronsf. Allee 82 a l.

2 P. fast neue Stiefel f. 5jähr. Kind zu verk.
2387 Kl. Burgstr. 16, II.

Gartenhaus, mindest. 2—2½ Mtr., guterh., z. kaufen ges. Ang. m. Pr. u. G M an d. Exp. (2379

Zu kaufen ges. ein **Schulranzel** für Knaben. Ang. u. St W an die Exp. (2381

Zu kaufen gesucht 1 Konfirmanden-Anzug od. Jünglings-Anzug. Ang. m. Pr. u. B W a. d. Exp. (2391

Zwei Damen-Maskenkostüme zu vermieten.
2358) Mittelstr. 8 a.

Sb. H.- u. D.-Maskenkost. z. v. (2386) Klappenstr. 14 a, l.

Verl. v. e. Kinde ein Portemonnaie m. Inhalt v. Lindenstr. b. Schützenstr. (2397 Geg. Bel. a. Schützenstr. 24. II.

Auf d. Wege Lübeck-Palingen e. br. getr. Kostümjacke verl. Geg. Bel. abzug. Kottwitzstr. 33. II. (2415

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashdlg.
Fleischhauerst. 35. Frnr. 2808 (2359

Der Betriebsrat
Wegweiser durch das Betriebsrätegesetz.
Von **Friedr. Kleeis,**
Arbeitersekretär in Halle a. S.
Preis 1 Mk. (2401
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Kopfläuse
nebst Brut, **Radikalmittel.**
Zu haben (2361) bei **Fr. Kröger,** Bedeidigt.
Kammerjäger, **Alsstr. 3. I.**

Neu! Neu!
Der Kleine Roman
Wöchentlich
ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt
Vierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pfg.
Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne".**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin".**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen".**
Nr. 4 Carl Bülcke: **„Die süße Lilly".**
Nr. 5 J. F. Perkonig: **„Die Versuchungen des Herrn Heiland".**
Nr. 6 Bruno Frank: **„Ein Abenteuer in Venedig".**
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Arbeiter-Notiz-Kalender
(Preis 3.50 M.)
ist in Neuauflage erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Mieterschutz
Kleines Auskunftsbuch für Mieterkreise.
Herausgegeben von Direktor E. Abigt, Wiesbaden.
1.50 Mk.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. (1350

Fahrrad ohne Bereifung zu verkaufen. (2416
Waisenhofstraße 5.

Gin n. Kinderwagen-Verdeck zu verkaufen. (2417
Wakenitzstraße 38/25.

Zu verk. 10 m lg. Pferdekrippe nebst Futter-Raufe.
2375) Gr. Burgstr. 29.

Zu verk. 5 Meter schw. Kleiderst., Smoking, 1 Sommer-, 1 Wint.-Pal., 2 Ulster, 1 D.-Regenmantel. (2398
Königstraße 20 I.

Adreßbuch 1918 u. 19 l. 5 u. 10 Mk. zu verk. (2382
Breite Str. 55.

Zu verk. e. Grammophon m. 15 Pl., 160 Mk., od. zu vert. geg. Knabenrad.
2388) Alsheide 7 I.

Gut erh. Klapp-Sportwagen zu verkaufen.
2389) Elswigstr. 7 c.

Zu verk. gute Kn.-Stiefel 36 gegen größere. (2385
Ludwigstr. 69, part. l.

Ein helles Sommerkleid für 16jähr. junges Mädchen zu verkaufen.
2378) Krähenstr. 13, I.

1 Paar Halbstiefel zu verk., Gr. 43. 2380
Bei St. Johannis 28, I.

2 mod. Bortenhüte zu verkaufen. 2412
Kottwitzstr. 12, II.